

Wochenlohn 50 Pf., monatlich 1.50 Pf.
im voraus zahlbar, Postbezug 1.50 Pf.
einwöchentlich 60 Pf., Postbezugs- und
12 Pf. Postgebühren. Ausland-
abonnement 4.— Pf. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-
lich zweimal, Sonntags und Montags
einmal, die Sonderausgaben für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Kampf“, „Kulturpolitische Beilage“, „Wort
und Tat“ und „Kinderfreund“, Ferner
„Unterhaltung und Wissen“, „Sprecher-
stimme“, „Lehrplan“, „Bild in die
Wirklichkeit“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einwöchige Sonderausgabe
des „Vorwärts“ vom 25. Oktober
enthält die „Kulturpolitische Beilage“,
die „Unterhaltung und Wissen“, die
„Sprecherstimme“, die „Lehrplan-
beilage“ und die „Jugend-Vorwärts“
von 11. bis 17. Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Bankkonto: Berlin 57 556. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten, Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkassa Lindenstr. 3.

Erklärung Hindenburgs.

Der Reichspräsident beharrt bei seinen Erklärungen.

Das Volksbureau teilt mit: In einer Unterhaltung, die der Reichspräsident am Donnerstag mit dem deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Schmidt-Hannover hatte, erklärte der Herr Reichspräsident auf eine Anfrage:

„Er stehe nach wie vor dem Volksbegehren als solchem in voller Neutralität und Unparteilichkeit gegenüber. An dieser seiner grundsätzlichen Haltung, wie er sie in seinem Schreiben an den Reichskanzler vom 16. d. M. dargelegt habe, ändere auch die Neuherausgabe nichts, die er in seiner Besprechung mit dem Reichskanzler am 18. d. M. getan habe.“

Die Erklärung vom 18. Oktober lautet:

Im Laufe des heutigen Vortrags des Reichskanzlers nahm der Herr Reichspräsident Gelegenheit, den § 4 des Volksbegehrens, der Reichskanzler und Reichsminister, die den Young-Plan oder ähnliche Verträge abschließen, unter die Anklage des Landesverrats stellt, als einen unsachlichen und persönlichen politischen Angriff zu bezeichnen, den er bedauere und verurteile.

Der deutschnationalen Reichstagsabgeordnete Schmidt-Hannover läßt zu dieser Erklärung durch die Telegraphen-Union „Bemerkungen“ verbreiten, in denen er die Worte des Reichspräsidenten zu interpretieren versucht. Diese Bemerkungen lauten:

„Die Stellungnahme des Herrn Reichspräsidenten vom 18. dieses Monats entsprang lediglich ritterlichen Motiven. Die Behauptung der Linkspresse, daß der Herr Reichspräsident gegen das Volksbegehren sei, widerspricht also den Tatsachen. Jedes Heranziehen seiner Person in den Kampf gegen das Volksbegehren ist ein Verstoß gegen seine ausdrückliche Willensmeinung. Aus der Erklärung ergibt sich auch die Bestätigung unserer Auffassung, daß der Herr Reichspräsident den reibungslosen Kampf der Abstimmung unter Wahrung aller verfassungsmäßigen Rechte gemächtest sein möchte.“

Der triumphalste Interpretationsversuch kommt nicht um die Tatsache herum, daß sich Hindenburg „aus ritterlichen Motiven“ gegen die schamlose und verleumderische Beschuldigung des Landesverrats gegen die Reichsminister gewandt hat, daß er sie und den berüchtigten § 4 dieses Volksbegehrens bedauert und verurteilt.

Dieser unberufene Interpret merkt nicht, wie er sich und seinen Freunden mit dieser Betonung der ritterlichen Motive ins Gesicht schlägt!

Dieser berüchtigte Paragraph 4 mit seinen Anwürfen gegen die Reichsminister ist der Ausgangspunkt der Agitation gegen die Republik, er hat dem Hugenbergischen Volksbegehren das politische Gesicht eines Aufstands gegen die Staatsautorität gegeben, er ist der Kern dieses Begehrens und der Agitation — und dieser Kernpunkt hat den Reichspräsidenten veranlaßt, bei Wahrung seiner betonten und strengen neutralen Haltung gemäß seiner verfassungsmäßigen Stellung aus ritterlichen Motiven seine Stimme dagegen zu erheben.

Der letzte Satz der „Bemerkungen“ des Herrn Schmidt enthält einen dreifachen Versuch, den Reichspräsidenten gegen die Reichsregierung auszuspielen, und eine Insinuation gegen die Reichsregierung dazu. Herr Schmidt versucht, der Reichsregierung zu unterstellen, daß sie den reibungslosen Verlauf der Eintragung störe und daß sie die verfassungsmäßigen Rechte nicht gewährleiste.

Diese Unterstellung ist ebenso niederträchtig wie der § 4 des Volksbegehrens. Die Reichsregierung wahrt auf das strengste alle verfassungsmäßigen Rechte — auch in der Beamtenfrage, gerade indem sie die Beamten an die Achtung der Beamtengesetze mahnt! Der unberufene Interpret will einen Gegensatz zwischen der Reichsregierung und dem Reichspräsidenten konstruieren, um den Reichspräsidenten in den Kampf um das Volksbegehren hineinzuziehen.

Dieser Interpretationsversuch steht in einem lächerlichen Gegensatz zu dem ausdrücklichen Wunsch des Reichspräsidenten, er ist ein dreifacher und plumper Versuch, der zusammenbrechenden Hugenberg-Front in letzter Stunde noch etwas Auftrieb zu geben. Und ein nutzloser Versuch obendrein! Dieser zum Scheitern verurteilten Aktion, deren Fiasko heute schon feststeht, hilft auch der frechste Interpretationswindel nicht mehr auf die Beine!

Sozialisten und Regierungsbildung

Keine grundsätzliche Ablehnung. — Man wartet die Beschlüsse von Reims ab.

Paris, 24. Oktober. (Eigenbericht.)

Der Präsident der französischen Republik empfing am Donnerstag u. a. den Vorsitzenden der sozialistischen Kammerfraktion, Leon Blum, zu einer längeren Unterredung über die Neubildung der Regierung.

Blum hat dem Präsidenten der Republik im Verlauf der Besprechung zu verstehen gegeben, daß für den Fall eines Auftrages zur Neubildung der Regierung an einen Sozialisten — in der Unterredung wurde der Name Paul Boncour genannt — die sozialistische Partei ihre Parteilagsbeschlüsse hinsichtlich der Beteiligung an einer Regierung keineswegs mit Bestimmtheit wieder in negativem Sinne auslegen würde. Die Behauptung der bürgerlichen Presse, daß es sich im Verlauf der Unterredung nur um die Person Paul Boncour und nicht um die Beteiligung der sozialistischen Partei an der Regierung gehandelt habe, ist falsch. Boncour hat am Donnerstag in einer Sitzung der sozialistischen Fraktion ausdrücklich erklärt, daß er sich unter keinen Umständen als „über den Parteien stehend“ zur Kabinettsbildung bereit erklären würde. Politikern, die in diesem Sinne an ihn herantreten seien, habe er ebenfalls erklärt, daß er für seine Person entschlossen sei, nur im engsten Einvernehmen mit der sozialistischen Fraktion zu handeln. Blum dürfte den Präsidenten der Republik im gleichen Sinne unterrichtet haben.

Der Präsident der Republik wird in keiner Richtung irgendeine Entscheidung treffen, bevor nicht der radikale Kongreß, der am Donnerstag in Reims zusammentrat, zu einem entscheidenden Beschluß gekommen ist. Aber selbst für den Fall einer Berufung Paul Boncour würde sich die sozialistische Fraktion endgültig erst entscheiden, wenn für die künftige Außen-, Wehr- und Sozialpolitik von den als Koalitionspartner in Betracht kommenden Parteien bestimmte Garantien gegeben worden sind.

Der Parteitag der Radikalen.

Paris, 24. Oktober.

In Reims wurde heute der Parteitag der Radikalen eröffnet. Der Vorsitzende, Abg. Daladier, erklärte in seiner Eröffnungsrede, die radikale Partei wolle ihr Ideal des sozialen Fortschritts, der Sozialpolitik und der internationalen Verständigung, das der Erfahrung und der Befehle der Vermittlung entsprechen, verwirklichen. Die radikale Partei, die 1927 53 Bezirksverbände zählte, habe nunmehr deren 87, auf dem Parteitag in Reims seien nicht weniger als 1000 Ortsauschüsse vertreten. Die Partei sei in letzter Zeit besonders durch den Eintritt junger Kräfte verstärkt worden.

Nach Beendigung seiner Rede wählte der Kongreß ohne Widerspruch den Abgeordneten Daladier wiederum zum Präsidenten der Partei auf zwei Jahre.

Montag sozialistischer Nationalrat.

Der Nationalrat der Sozialistischen Partei wird nach dem „Temps“ erst am Montag zusammentreten, um über die Frage der Beteiligung der Sozialisten an der Regierung zu beraten.

Der Krach der Kieler Bank.

Verhaftung der Direktoren.

Kiel, 24. Oktober.

Wie die Justizpressestelle beim Oberlandesgericht Kiel mitteilt, sind die beiden Direktoren Glahn und Jacobsen der Kieler Bank, die, wie gemeldet wurde, ihre Zahlungen eingestellt hat, heute abend auf Anordnung der Staatsanwaltschaft unter dem dringenden Verdacht der Bilanzverschleierung vorläufig festgenommen worden.

Von Amerika aus gesehen.

Der Sozialismus unserer Zeit im amerikanischen Urteil.

Von Heinrich Ströbel.

Unter dem Titel „The Socialism of our Times“ (Der Sozialismus unserer Zeit) hat die „League for Industrial Democracy“ ein Sammelbuch veröffentlicht, das sich die Aufgabe gestellt hat, die Probleme des zeitgenössischen Sozialismus zu behandeln. Aber, so heißt es in der Einführung des von Harry W. Laidler und Norman Thomas herausgegebenen Sammelwerks, das Buch sei frei vom amerikanischen Gesichtspunkt aus geschrieben und bedürfe deshalb des Denkens und der Erfahrung der anderen Länder. In dieser Begrenzung liegt zugleich ein Vorzug. Denn wir erhalten in diesem Buch ein Bild des amerikanischen Lebens und den geistigen Reflex, der sich davon im Gehirn und im Bewußtsein der repräsentativsten amerikanischen Sozialisten spiegelt.

Die Sozialisten, die in dem Buche zum Wort kommen, gehören den verschiedensten Richtungen an. Wir begegnen dort Männern, die Campers für den allseitigen „sozialistischen“ Taktiker halten und seine gewerkschaftliche und politische Taktik für die den amerikanischen Bedingungen angemessenste und darum rationellste Form des „proletarischen Klassenkampfes“, und anderen, die stark mit kommunistischen Auffassungen sympathisieren. Die große Mehrheit der an der Diskussion Beteiligten steht zwischen diesen Extremen und sehr sich aus Gewerkschaftlern und Sozialisten zusammen, deren Auffassungen sich im wesentlichen mit denen des europäischen Sozialismus decken. Darunter befinden sich auch Persönlichkeiten, die durch ihre Schriften auch dem deutschen Sozialismus näher bekannt geworden sind, wie Hillquit und Boudin. Von europäischen Sozialisten sind nur zwei an der Aussprache beteiligt: Kautsky und de Man.

Das Buch zerfällt in vier Hauptabteilungen: „Was die Sozialisten wollen“, „Der Sozialismus im Licht der amerikanischen und russischen Entwicklung“, „Taktik und nächste Schritte“ und „Sozialistische Theorie“. In dem der Theorie gewidmeten Abschnitt, der die gute Hälfte der 375 Seiten des Buches einnimmt, werden hauptsächlich die materialistische Geschichtsauffassung, die Krisentheorie und die Marxsche Werttheorie behandelt.

Die Beiträge des Buches bestehen in der Hauptsache aus Vorträgen und schriftlich erstatteten Referaten, die im Juni 1928 in Camp Laminant auf einer der periodischen Versammlungen der Liga für industrielle Demokratie gehalten worden sind. Auch aus der Diskussion wurde der wesentlichste Inhalt wiedergegeben. Es kam so ein ungemein lebhaftes und interessantes Bild zustande, das gerade auch den europäischen Sozialisten interessieren muß. Was es besonders auszeichnet, ist der Mangel an Bedanterie und künstlerischer Ausdrucksweise auch bei der Behandlung schwieriger Themen. Und das verdient ein besonderes Lob. Denn ökonomische und geschichtliche Probleme lassen sich bei aller Gründlichkeit auch in gemeinverständlicher und anregender Form behandeln, wenn sie nur derjenige, der über sie schreibt oder spricht, selbst gründlich beherrscht.

Nicht so erfreulich ist das, was wir über den amerikanischen Sozialismus selbst erfahren. So wurde es als paradox bezeichnet, daß zur gleichen Zeit, wo der Sozialismus als geistige Kraft und als sozialer Faktor in der ganzen übrigen Welt einen Aufstieg nahm, die sozialistische Organisation der Vereinigten Staaten an Boden verlor. Die Mitgliedschaft der Socialist Party, die vor dem Krieg die 100 000 überschritt, ist wesentlich gesunken. Sie war immer stark fluktuierend, aber der Zugang überstieg doch ehemals den Abgang. Seit Jahren ist es umgekehrt, und namentlich ist es betrübend, daß in der letzten Dekade das jüngere Element noch mehr zurückgetreten ist. Das Treiben der Kommunisten, die sich auch drüben in Pseudo-Radikalismus überschlagen und der politischen und gewerkschaftlichen Bewegung genau so übel mispielen, wie in Europa, hat zu diesem Rückgang sein Teil beigetragen. Auf der anderen Seite hat das Fehlen einer klaren Abgrenzungslinie zwischen Sozialismus und bürgerlichen Parteien die politische Verwirrung begünstigt. Wie man sich im proletarischen Lager 1924 für La Follette einsetzte, so 1928 für Al Smith. Daß unter solchen Umständen der Sozialismus keine parteibildende Kraft gewinnen konnte, ist nur zu erklärlich. Dabei hat der Sozialismus beachtenswerte Einzelerfolge aufzuweisen, beispielsweise in Milwaukee, das unter sozialistischer Verwaltung „in 18 Jahren aus einer der schlechtest verwalteten Städte der Vereinigten Staaten zu einer der bestverwalteten geworden ist.“

An Erklärungen für die Stagnation des Sozialismus in den Vereinigten Staaten fehlt es nicht. Sie sind technisch das industriell entwickelte Land und sollten deshalb, so könnte man glauben, die fortgeschrittenste und bestorganisierte Arbeiterbewegung haben. Aber die Arbeiterchaft zerfällt in selbst ganz anders, als in England oder Deutschland, in die verschiedenartigsten Elemente. Da stehen den Amerikanern von Geburt die Zugewanderten gegenüber, dem sozial höher stehenden Teil der Arbeiter die Eingewanderten.

die eine niedrigere Lebenshaltung besaßen. Dazu kommen die Unterschiede zwischen den Eingewanderten selbst, ob sie aus West- oder Osteuropa stammten, aus germanischen, romanischen oder slawischen Ländern. Überall Grenzen, die durch die Sprache, den Lebensstandard, die Kulturhöhe, die Lebensgewohnheiten oder auch nur durch nationale Vorurteile gezogen sind. Dazu treten noch die Rassenvorurteile, die den schwarzen, farbigen Arbeiter nicht als Ebenbürtigen anerkennen wollen. Zu alledem kam und kommt, daß in Amerika die Kluft zwischen den gelehrten und ungelehrten Arbeitern tiefer war, als in Europa, und nicht durch die sozialistische Idee einer einheitlichen, allumfassenden Klassenbewegung des Proletariats überbrückt wurde. So wurden die Gewerkschaften oftmals zünftlerisch und exklusiv und züchteten einen Gruppenegoismus, der ein Hindernis mehr war für die proletarische Einheitsbewegung.

Der Verschmelzungs- und Vereinheitlichungsprozeß des amerikanischen Proletariats wurde noch verzögert durch die nun schon lange andauernde Prosperitätsperiode, die in den Vereinigten Staaten dem Kriege gefolgt ist. Im Jahre 1927 behandelte die „League for Industrial Democracy“ gerade dies Thema der Prosperität. Man legte ein Fragezeichen hinter die von der Bourgeoisie geprägte „Prosperität“. Denn zahlreiche Arbeiterkrise und auch die Farmer hatten damals durchaus keinen Anteil an der behaupteten Wirtschaftsbülle, die nur einzelnen, allerdings wichtigen Industrie- und Handelszweigen der Finanz zugute kam. Trotzdem: in dem jetzt erschienenen Buch der Liga wird die amerikanische Prosperität im ganzen als unbestreitbare Tatsache behandelt. Der amerikanische Wirtschaftsaufschwung existierte wirklich, die Löhne seien tatsächlich gestiegen, sogar als Reallohn. Und wenn auch die Totallohnsumme gegenüber dem Werte der Rationalproduktion nachweislich nicht größer geworden sei, so ändere das nichts an dem Faktum der höheren Löhne, der verbesserten Lebenshaltung, des gewachsenen Komforts der amerikanischen Arbeiterschaft. Solange die Arbeiterschaft wenigstens ihr intelligentester, taftkräftigster Teil, allem Anschein nach die Aussicht habe, auch innerhalb des kapitalistischen Systems seine Klassenlage zu verbessern, vielleicht sogar aus der Arbeiterklasse in die Besitzerschicht emporzuklimmen, sei sie für eine sozialistische Klassenpolitik nur schwer zu gewinnen.

Trotzdem ist der amerikanische Sozialismus durchaus nicht entmutigt. Alle Stimmen unseres Buches beweisen das. Und nicht nur deshalb, weil, wie Hillquit und andere hervorhoben, die amerikanische Prosperität vielleicht nur ebenso eine vorübergehende Kriegsfolgeerscheinung ist, wie umgekehrt die Wirtschaftskrisen Europas durch den Krieg verschuldet sind. Denn man ist sich darüber durchaus nicht einig, ob der moderne Kapitalismus an jenen inneren Widersprüchen zugrunde gehen muß, die seinerzeit Marx für den Kapitalismus einer weit unentwickelteren Form aufgedeckt hat. Viele amerikanische Sozialisten trauen dem Kapitalismus von heute und morgen eine solche Anpassungsfähigkeit zu, daß er möglicherweise auf absehbare Zeit schwere Wirtschaftserschütterungen vermeiden, ja, den proletarischen Massen einen weiteren Aufstieg ermöglichen werde. Aber, obwohl man jede Zusammenbruchstheorie ablehnt, sieht man es gleichwohl in die wachsende Klasseneinsticht der amerikanischen Arbeiter volles Vertrauen.

Denn das kapitalistische Wirtschaftssystem enthalte andererseits soziale Schwächen, Widersprüche, Hemmungen und Ungerechtigkeiten, daß der Sozialismus imstande sein müsse, nicht nur in der Kritik, sondern auch in der Praxis seine Überlegenheit zu beweisen. Schon werde die Schaffung einer sozialen Gesetzgebung, einer gesetzlichen Kranken-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung unter den Massen als immer dringlicher empfunden, nicht minder die einer staatlichen Arbeitslosenversicherung. Das gleiche sei der Fall mit der Verstaatlichung und Munizipalisierung der Eisenbahnen, der Straßenbahnen, der Kraftverjorgung und anderer Betriebe. Der Sozialismus müsse und könne hier Schritt für Schritt dem privatwirtschaftlichen System Boden abgewinnen und den Massen selbst die Richtigkeit und Notwendigkeit der Gemeinwirtschaft beweisen. Die mit sozialistischem Klassengeist zu erfüllenden Gewerkschaften, die Genossenschaften und eine starke einheitliche sozialistische Partei müßten das Rückgrat dieser sozialistischen Betätigung werden.

Um aber all diese Aufgaben erfüllen zu können, fordert man schärfste Einstellung der sozialistischen Bewegung auf die Probleme der Gegenwart. Nicht daß man die Theorie mißachte und einer flachen Gelegenheitspolitik das Wort rede; im Gegenteil, man weiß und betont, daß ein erfolgreicher Sozialismus von einer großen Idee beflügelt sein muß. Aber man fordert das Studium des heutigen Kapitalismus, lebendigen Marxismus statt des Streits um marxistische Formeln, die vor 60 Jahren gefunden wurden. Mit einem solchen Arbeitsprogramm scheint uns der amerikanische Sozialismus in der Tat auf dem rechten Wege zu sein, um in absehbarer Zeit wirklich eine starke, gesunde sozialistische Bewegung zu schaffen.

Bülow im Sterben.

Bewußlos durch Gehirnschlag.

Rom, 24. Oktober.

In dem Bestinden des früheren Reichsanzlers Fürsten Bülow ist am Donnerstag eine Verschlechterung eingetreten, die zu ernstlichen Besorgnissen Anlaß gibt. Von den behandelnden Ärzten, den Professoren Nazzari und Nuchisavi, wird mitgeteilt, daß sich am Donnerstag eine Herzlähmung mit heftigen Atembeschwerden eingestellt habe. Am Laufe des Nachmittags hat Fürst Bülow das Bewußtsein verloren und bis zum Abend nicht wiedererlangt. In der Villa Malta wird nicht mehr mit dem Aufkommen des Patienten gerechnet. Entgegen den bestimmten Ablehnungen, die in den letzten Tagen aus der Umgebung des Fürsten der Presse mitgeteilt wurden, liegt nunmehr ein vom Professor Nazzari gezeichneter Bericht vor, nach dem Fürst Bülow bereits am 15. dieses Monats einen Gehirnschlag mit Lähmung der rechten Seite erlitten hat.

Rom, 24. Oktober.

Fürst Bülow wurde von einem neuen Schlaganfall getroffen, der eine Lähmung verschiedener innerer Organe verursachte. Man befürchtet, der Kranke werde die Nacht nicht überleben.

Clemenceaus Kräfte lassen nach. Die Ärzte haben es für notwendig erachtet, Clemenceau, der eine schlechte Nacht verbracht hat, eine Kampfeinsparung zu machen. Clemenceau hat zwar seine Post durchgehen können, jedoch hat er auf Anraten der Ärzte davon abgesehen, heute zu arbeiten.

Attentat auf den italienischen Thronfolger.

Am Tage der Verlobung in Brüssel. — Prinz unverletzt. — Täter verhaftet.

Brüssel, 24. Oktober.

Auf den Kronprinzen von Italien wurde heute vormittag, als er am Grabe des Unbekannten Soldaten erschien, ein Revolvergeschuß abgegeben. Der Prinz blieb unverletzt. Der Täter wurde verhaftet.

Der Prinz war in Brüssel zwei Tage zuvor eingetroffen, um sich mit der Prinzessin Marie-José zu verloben. Die Verlobung war am Vormittag im Amtsblatt offiziell bekanntgegeben worden.

Wie der Anschlag geschah.

Brüssel, 24. Oktober.

Ueber das Attentat auf den italienischen Kronprinzen werden folgende Einzelheiten berichtet: In dem Augenblick, als der Prinz am Kongressplatz sein Auto verließ, ließ ein mit einem Revolver bewaffneter Unbekannter aus der Menge auf ihn zu. Ein Polizist stürzte sich auf den Angreifer und schlug ihm in dem Augenblick auf die Hand, als er einen Schuß abgab. Die Kugel schlug auf das Pflaster auf ohne jemand zu verletzen. Der Täter wurde sofort verhaftet und trotz seines Widerstandes auf das benachbarte Polizeirevier gebracht. Das Publikum befandete nach einem Augenblick der Verblüffung seine Empörung und bereitete sodann dem Prinzen Humbert eine begeisterte Ovation. Dieser hatte sich inzwischen mit großer Ruhe an das Grab des Unbekannten Soldaten begeben, um einen Lorbeerkranz niederzulegen.

Der Täter ist im Jahre 1908 in Mailand geboren und heißt Fernando de Rosa. Bei seiner polizeilichen Vernehmung erklärte er, er sei Student und heute mit dem Nachzug aus Paris in Brüssel angekommen. Er habe beabsichtigt,

als Protest einen Schuß in die Luft

abzugeben. Er wurde sofort dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Der König von Belgien hat sich, sobald er von dem Attentat Kenntnis erhielt, in die italienische Botschaft begeben, in der der Prinz wohnt.

Der Kronprinz Umberto trägt den Namen seines Großvaters, der im Jahre 1900 von einem italienischen Anarchisten ermordet wurde. Wir stehen nicht auf dem gemüthlichen Standpunkt, der nach dem mißglückten Anschlag eines Maurergehilfen auf das Leben des jetzigen Königs Victor-Emanuel III. im Jahre 1911 öffentlich verkündet wurde, daß „Attentate die berufliche Gefahr der Monarchen sind, ebenso wie das Abstürzen vom Gerüst die berufliche Gefahr der Maurer ist“. Dieser kaltblütige Auspruch fiel damals aus dem Munde Benito Mussolinis, der als extrem-revolutionärer Sozialist den Ausschluß zweier namhafter aber gemäßigter Führer der Partei, Bissolati und Bonomi beantragte und durchsetzte, weil sie dem König zu der glücklichen Ueberwindung des lebensgefährlichen Anschlages gratuliert hätten!

In diesem Fall ist der Revolvergeschuß auf den italienischen Thronfolger um so sinnloser und bedauerlicher, als er diesem höchst bedeutungslosen jungen Mann zu einer unverdienten

Der Hakenkreuz-Regierungsrat.

Vom Amt suspendiert.

Reichsfinanzminister Dr. Hilferding hat den nationalsozialistischen Regierungsrat Dr. Fabricius vom Landesfinanzamt Berlin mit sofortiger Wirkung vom Amt suspendiert.

Gegen Fabricius war bereits wegen häßlicher Angriffe in völkischen Zeitungen auf die Republik das Disziplinarverfahren eingeleitet und seine sofortige Strafverjagung angeordnet worden. Das aber hat diesen Herrn nicht abgehalten, sich weiterhin in der gehässigsten Weise zu betätigen. Auf Anordnung der Reichsregierung ist am 22. Oktober ein Teil des Auftrages des Reichsausschusses der Deutschen Volkspartei vom 30. September 1929 als „Stresemanns Vermächtnis“ in den Dienstgebäuden angeschlagen worden. Das geschah, weil sich dieser Teil des Auftrages gegen das Volksbegehren des Reichsausschusses richtete. Herr Dr. Fabricius hat diesen Anschlag eigenmächtig abgerissen und der Aufforderung des Präsidenten des Landesfinanzamtes, das Plakat wieder anzubringen, zunächst keine Folge geleistet. Er hat sich außerdem über die Zustimmung, das Plakat eigenhändig wieder anzubringen, beim Präsidenten des Landesfinanzamtes beschwert. Das hat diesen tapferen Herrn schließlich doch nicht gehindert, — als ihm das Unzulässige seiner Handlungsweise klargemacht wurde und er fürchtete, zur Rechenschaft gezogen zu werden, — das Plakat später selbst wieder anzubringen.

Seinen Briefwechsel mit seinem vorgehenden Präsidenten über den Vorfall, der in frechem Tone abgefaßt ist und die deutliche Absicht verrät, sein bisheriges Treiben fortzusetzen, hat dem Reichsfinanzminister Veranlassung gegeben, Dr. Fabricius sofort seines Amtes zu entheben. Es kam hinzu, daß Fabricius diesen Briefwechsel unter den höheren Beamten seines Amtes hat zirkulieren lassen.

Wir begrüßen den Entschluß des Reichsfinanzministers. Ein Beamter, der von der Flagge der Republik nicht anders als von schwarzrotgold spricht, der die verantwortlichen Träger der Regierungsgewalt in der häßlichsten Weise beschimpft, kann im Dienst der Republik nicht geduldet werden.

Das Stahlhelmsverbot.

Gerüchte über eine Initiative des Auswärtigen Amtes.

Nach einer Meldung der sogenannten „Deutschen Führerbüchse“, die in der „Ostpreussischen Zeitung“ in Königsberg wiedergegeben wird, soll das Verbot des Stahlhelms als eine Initiative des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt von Schuberth zurückgehen, der seinerseits wieder durch einen Bericht des Pariser Botschafters von Hoersch dazu angeregt worden sei.

Diese Meldung wird von der Hugenbergschen Telegraphen-Union in größter Aufmachung wiedergegeben. Man merkt die Absicht, einen „nationalen“ Propagandaeffekt zu konstruieren.

Die Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Volkspartei erklärt dazu, daß der geschäftsführende Außenminister Curtius keine Initiative entfallen habe.

Popularität verhehlen wird. Diese Volkstümlichkeit wird in weiten Schichten des italienischen Volkes durch sentimentale Gesichtspunkte noch gesteigert werden, weil das Attentat am Tage seiner Verlobung mit der Tochter des belgischen Königspaars erfolgt ist. Das faschistische Regime, mit dem der Kronprinz auf viel besserem Fuße steht als sein sozusagen regierender Vater, wird natürlich den ausschließlichen Nutzen aus diesem individuellen Terrorakt ziehen. Darüber hinaus steht zu befürchten, daß Mussolini diese Tat seines allzu gelehrigen Schülers mißbrauchen wird, um eine neue Welle der Verfolgung Unschuldiger auszulösen.

So läßt sich unter jedem Gesichtspunkt die Handlung des Studenten de Rosa nur verurteilen, es sei denn, daß man sich auf den brutalen Standpunkt des Mussolini von ehedem stellt.

Für die belgische Königsfamilie bedeutet freilich dieses Attentat am Verlobungstag, obwohl es glimpflich verlaufen ist — der Täter selbst behauptet allerdings nachträglich, er habe nur eine unblutige „Protestdemonstration“ beabsichtigt —, ein unheimliches Warnungszeichen. War das Leben italienischer Könige in dem klassischen Lande des Anarchismus sowieso immer gefährdet, so dürfte angesichts des schrankenlosen Terrors, der in Italien seit sieben Jahren herrscht, diese Gefahr eher größer als geringer geworden sein.

Der Täter ein Sozialist?

Brüssel, 24. Oktober. (Eigenbericht.)

Der in Brüssel im Zusammenhang mit dem Attentat auf den italienischen Kronprinzen verhaftete Student heißt de Rosa und ist ein junger Sozialist, der vor ungefähr 15 Monaten Italien verlassen hat. Er wurde vor zwei Jahren in Turin unter dem Verdacht, mit den italienischen sozialistischen Emigranten in Paris in Verbindung zu stehen, verhaftet, aber wegen Mangel an Beweisen wieder freigelassen. Kurze Zeit darauf gelang es ihm, über die Alpen nach Frankreich zu entfliehen. In Paris studierte er an der Rechtsakademie der Universität. De Rosa ist Mitarbeiter des „Avanti!“, das Wochenorgan der italienischen Sozialisten in Paris. Er reiste nach Brüssel, ohne einen einzigen seiner Freunde von seiner Absicht zu verständigen.

In der Brüsseler reaktionären Presse hat infolge des mißlungenen Attentats eine wüste Heiße gegen die italienischen Emigranten eingeleitet, deren Ausweisung verlangt wird. Demgegenüber unterstreicht der sozialistische „Peuple“ unter Mißbilligung des Attentats, daß die in Belgien anwesenden Italiener nichts mit dem Attentat gemein haben und nicht für die Tat eines einzelnen zu diesem Zweck eigens aus dem Auslande gekommenen Italieners büßen dürfen.

Die ausländerfeindliche Bewegung wird übrigens noch dadurch gekürt, daß am Donnerstag ein 26jähriger russischer Student der Universität Vättich namens Nikola Gorin den Professor der Naturwissenschaft Bertrand durch einen Revolvergeschuß tötete, weil er ihn beim Examen hat durchfallen lassen.

Die Reichsregierung erklärt, daß die ganze Angelegenheit hinreichend geklärt sei durch das Schreiben des Reichsanzlers an den Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren in Sachen des Stahlhelmsverbots. Darin war zum Ausdruck gebracht, daß der Reichsanzler durch den Reichsinnenminister über das geplante Verbot orientiert und daß auch das Auswärtige Amt zu der Sache gehört worden war.

Börsenkrach in New-York.

Panikverkäufe — Milliardenverluste.

New York, 24. Oktober.

Die New-Yorker Effektenbörse hatte heute einen Großkampstag. Unter panikartigen Verkäufen wichen die Kurse innerhalb des Börsenverlaufes bis zu 50 Dollar. Von Minute zu Minute steigerte sich die fieberhafte Aufregung, die noch dadurch erhöht wurde, daß die technischen Einrichtungen den gewaltigen Umsätzen nicht gewachsen waren.

Als die Verwirrung ihre Höchstmacht erreicht hatte, trafen die führenden Bankiers zu einer Beratung zusammen, und ihre beruhigenden Erklärungen bewirkten in den Nachmittagsstunden eine Erholung.

Der Aktienumsatz erreichte mit 12 881 000 Stück einen noch nie verzeichneten Umfang. Die bisherigen Höchstziffern lagen bei etwa 6 Millionen Aktien.

Begegnung.

Ort der Handlung: Ein Abteil 1. Klasse im FD-Zug Köln-Berlin. Darin: Ein Herr, der nach seiner Sprache aus Köln stammt, ferner ein Herr, der in nichts Hermann dem Cherster ähnlich sieht, und auch nicht den Eindruck macht, als ob aus seinem — keineswegs stolzhäutigen — Herzen das stammende Schwert Deutschlands herauswachsen könnte. Kurzum: Hugenberg.

Hugenberg (sehr verpöppelt seinen Hals mit einem Schal umwickelnd): „Könnten wir nicht das Fenster schließen? Ich bin so anfällig gegen Zug. Außerdem befürchte ich eine Herzotade, falls es in Berlin zu Abstimmungen kommt.“

Der kölnische Herr: „Mit Vergnügen. — Ich kenne Sie übrigens: Sie sind Herr Hugenberg aus Berlin.“

Hugenberg: „In der Tat. Sehr erfreut, daß Sie mich kennen.“

Der kölnische Herr: „O, das ist kein Wunder. Ich bin ein großer Verehrer Ihrer Gedanken. Ehe ich von Köln abgereist bin, habe ich mich auch noch für Ihre Volksbegehren interessiert.“

Hugenberg (strahlend): „Ach — also Sie sind der Herr!“

Die marokkanischen Aufständischen haben im Kampf mit französischen Fremdenlegionären 30 Tote zu verzeichnen. Ein kommunistische belogt, daß die Eingeborenen „erfolgreich bombardieren“. Die vielen Tote hinter dieser lateinischen Meldung stecken, darüber schweigt sich das Kommunique aus.

Inflationsbegehren ohne Volk.

Spärliche Eintragungen in Baden.

Freiburg, 24. Oktober.

Die Eintragungen zum Volksbegehren erfolgen überall außerordentlich spärlich. Man kann im allgemeinen von einer völligen Uninteressiertheit der oberbadischen Bevölkerung an dem Volksbegehren sprechen. In Freiburg haben sich in den ersten fünf Tagen noch nicht 1 Proz. der Stimmberechtigten eingetragen. Bis Dienstag mittag wurden 571 Eintragungen gezählt. Im Wolfacher Bezirk und in den anschließenden württembergischen Gemeinden ist die Teilnahmslosigkeit außerordentlich groß. Während in Gutsch und Oberwolfach sich bisher noch niemand in die Listen eingetragen hat, sind es in Wolfach 10, Hausach 2, Schiltach 1 und Oberndorf 6 Personen. In Willingen fanden bisher 11 Personen den Weg zu den Listen.

In Mannheim bisher 841 Eintragungen.

Ziffern aus der Pfalz.

Landau, 24. Oktober.

In den Hauptorten der Pfalz liegen nach dem letzten Stand folgende Eintragungsergebnisse für das Volksbegehren vor: Bad Dürkheim insgesamt 25, Frankenthal 17, Kaiserslautern 259, Reustadt a. d. Haardt 147, Firmasens 1350, Speyer 68, Zweibrücken 213, Ludwigshafen 232.

Ziffern aus Hannover-Ost.

Hannover, 24. Oktober. (Eigenbericht.)

An Einzeichnungen für das Volksbegehren wurden bis Mittwochabend in dem ländlichen Wahlkreis Hannover-Ost gezählt: Lüneburg 165 (20 500), Celle 194 (17 200), Harburg 442 (80 000), Verthe 256 (7500) Soltau 64 (4000), Wilsen a. d. Luhe 19 (3280), Burgdorf 28 (3200), Biedede 80 (1300), Fallingborstel 15 (1200), Gifhorn 9 (800), Bremerörde 200 (7200), Rothenburg 88 (3230). (Die eingeklammerten Ziffern geben die Wahlberechtigten an.)

In der Gemeinde Dorfmart, dem Wohnsitz des Reichstagsabgeordneten Rebenrip von der christlichnationalen Landvolkpartei haben sich von 900 Wahlberechtigten ganze vier eingetragen.

Die Eintragungen in Berlin.

Donnerstag leichte Zunahme.

Die Zahl der Eintragungen hat am Donnerstag leicht zugenommen. Es zeichneten sich ein:

	24.	23.
Neukölln	418	387
Nichtenberg	400	356
Prenzlauer Berg	635	621
Wedding	479	538
Reinickendorf	273	304

Amliches Ergebnis erst am 6. November.

Die Reichsregierung hat die Wahlleiter der einzelnen Bezirke angewiesen, die Ergebnisse des Volksbegehrens bis zum 6. November nach Berlin mitzuteilen. Ein vorläufiges amtliches Ergebnis des Volksbegehrens wird also frühestens am 6. November zu erwarten sein.

Die Ueber-Lüge.

Die Hakenkreuzagitator in Bayern hat eine Inflationslüge erfunden, die selbst die Sklaveneportatlüge übertrumpft. In einer Versammlung in Erlangen hat ein nationalsozialistischer Redner behauptet, das Eisenbahnunglück von Bellinzona, bei dem der Abg. Helfferich ums Leben gekommen ist, sei in Wahrheit ein Attentat auf Helfferich gewesen. Das Attentat sei verübt worden, um den Mann, der die deutsche Währung auf eine solidere Basis als auf die Goldbasis habe stellen wollen, zu beseitigen. Das sei im Interesse der Berufspolitiker gewesen, denn die Helfferich-Währung hätte im Gegensatz zu der durch den Young-Plan vorgeschriebenen Goldwährung Deutschlands Befreiung unterläßt.

Diese Ueberlüge wurde mit großem Beifall aufgenommen. Es gibt keine Unsinntigkeit mehr, die die Hakenkreuzpropaganda nicht behaupten könnte!

Beschwerde zurückgewiesen.

Am 19. Oktober hatte das Amtsgericht Berlin-Mitte ein Flugblatt des Reichsausschusses für das deutsche Volksbegehren wegen Beleidigung der Reichsregierung und groben Unfugs beschlagnahmt. Die von dem Reichsausschuß gegen diese Beschlagnahme eingelegte Beschwerde ist von der Strafkammer des Landgerichts I zurückgewiesen worden.

Reis zur Disziplinierung!

Vor den Toren Berlins, in Eichwalde, wird ein hellgrünes Flugblatt verbreitet, das zur Einzeichnung in die Listen zum Volksbegehren auffordert und neben dem deutschnationalen „Arbeitsnehmervertreter Dr. Erich Schmidt, dem Eisenbahnobersekretär P. Krndt, dem pensionierten Beamten Boenisch und von dem Kreislehrer A. Strauß unterzeichnet worden ist.

Allmählich . . .

„Träge dich ein“ mahnt der „Lokal-Anzeiger“ seine Leser. „Die Eintragungsliste läuft nur noch bis Dienstag. . . . Es wird allmählich Zeit.“

Allmählich wird es Zeit — hm, ja. Beinahe scheint uns, als ob Hugenburgs Intelligenzblatt für geistig Rinderbemittelte aus Versehen mal einen wirklich guten Witz gemacht hat.

Gebührende Antwort.

Im Zusammenhang mit der durch den preussischen Minister des Innern erfolgten Auflösung des Stahlhelms im Rheinland und Westfalen und dem von dem Bundesführer des Stahlhelms bei dem Minister dagegen erhobenen Einspruch wurde in einer Kleinen Anfrage im Preussischen Landtag das Staatsministerium gefragt, ob es bereit sei, dem Einspruch zu entsprechen und eine Entscheidung des Gesamtministeriums in dieser Frage herbeizuführen, und ob es weiter bereit sei, die Auflösung rückgängig zu machen. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mittelt, beantwortete der Minister des Innern beide Fragen kurz mit „nein“.

Ein rotes Sekt-Treffen.



So schrieb der kommunistische Betriebssekretär Max Schüb am 22. April 1929 an Willy Leow, den Reichstagsabgeordneten und Führer von Rot-Front: . . . „Darf ich Sie weiter daran erinnern, daß Sie bei einem roten Treffen in Dortmund abends dieses rote Treffen mit Wein und Sekt gefeiert haben? Veranlassung dazu gab Ihre Freundin, die sich nicht scherte, im Beisein von Parteigenossen (Keilner des betr. Lokals) zu erklären: „Laßt uns ruhig noch eine trinken, die dummen Proleten müssen ja doch alles bezahlen.“

Der Schulskandal von Goslar.

Es wird — endlich! — einmal ein Exempel statuiert.

Der Landtag überweist ohne Debatte einen Zentrumsantrag auf Hilfsmaßnahmen wegen der Wassernot im Kochener und Dürener Wirtschaftsgebiet und einen Antrag der Deutschen Volkspartei auf Errichtung einer Pädagogischen Akademie in Hildesheim den zuständigen Ausschüssen.

Der Ausschuß für die Grenzgebiete empfiehlt eine längere Entschädigung, in der Maßnahmen zur Förderung der Wirtschaft in der Kochener Grenzmark gefordert werden. Unter anderem sollen im Hinblick auf die dort herrschende große Arbeitslosigkeit Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge zur Förderung von Straßen-, Begebau- und Wasserregulierungsarbeiten verwandelt werden. — In der Aussprache betonen die Redner aller Fraktionen die Notwendigkeit, schnelle und umfassende Hilfe für das bedrängte Kochener Gebiet zu leisten. — Der Ausschußantrag wird angenommen.

Es folgt nun die gemeinsame Beratung der Großen Anfrage und der Anträge, die sich mit dem

Schulskandal in Goslar.

befähigten.

Abg. Dölge (Dnat.) begründet die Große Anfrage der deutschnationalen Fraktion. Darin wird das Vorgehen des Kultusministers gegen die Goslarer Schulen, deren Schüler die Reichsflagge beleidigten, als eine Maßnahme bezeichnet, mit der an der Lehrscheit noch offenkundig parteipolitischen Gesichtspunkten Vergeltung geübt und andererseits das Interesse der Stadt Goslar rücksichtslos verteidigt werde. Das Staatsministerium wird gefragt, ob es das selbständige Vorgehen des Kultusministers billigt, das eine Schädigung der Stadt Goslar, ein Eingreifen in das Elternrecht und eine Herabsetzung des Ansehens der Lehrerschaft bedeute. Abg. Dölge führt in der Begründung aus, die Maßnahme des Ministers lasse jeden erzieherischen Wert vermissen. Bei solchen Verletzungen jugendlicher Schüler solle man nicht gleich nach dem Mittel greifen. Die in Aussicht gestellte Verlegung der beleidigten Studienräte würde dem so oft verkündeten Grundsatz widersprechen, daß Lehrervorsetzungen aus politischen Gründen nicht stattfinden sollen. Der Minister habe einmal gesagt, die gerechte Behandlung Andersdenkender sei das A und O demokratischer Staatspolitik. In der Praxis habe es mit der Durchführung dieses Grundgesetzes

gegner ausgeführt gewesen, wenn solche beispiellosen Vorgänge nicht mit energischen Maßnahmen geahndet worden wären. Und nun sollte die Erregung auf der anderen Seite ein. Die Vorgänge wurden weiter bagatelisiert, man sagte, es werde mit Kanonen nach Spanien geschossen. Ich übernehme die Ereignisse nicht, ich nehme sie aber ernst. Ich weiß, daß die überwiegende Mehrheit unserer höheren Schulen nicht reaktionär ist. Schon die lokale Haltung des Pädagogischen Verbandes beweist das. In kleineren Städten vor allem liegen die Verhältnisse allerdings häufig noch anders; dort ist

der gesellschaftliche Boykott gegen republikanische Lehrer

nach ein beliebtes Kampfmittel. Durch diese republikanischen Kreise ging ein Ruf aus, als im Falle Goslar so energisch durchgegriffen wurde. Die Regierung wird im Wiederholungsfalle in gleicher Weise von ihren Machtmitteln Gebrauch machen. Das mögen sich alle Beteiligten gelöst sein lassen. Die Regierung hat nichts zu verheimlichen und nichts zu beschönigen.

Nach diesen grundsätzlichen Bemerkungen verliest der Minister den bekannten Erlaß vom 13. September, der den betroffenen Goslarer Schulen das Recht zur eigenen Abnahme der Reifeprüfung bis auf weiteres entzieht und gibt dann eine ergänzende Darstellung zu den Tatbeständen. Er schildert noch einmal die bekannten Vorfälle, das Abreißen, mit den Fäustnägeln und Beschimpfen der Reichsflagge, geht dann zu den Schulstrafen über, die über die beteiligten Schüler verhängt wurden und begründet dann das weitere Vorgehen des Ministeriums, das zu dem erwähnten Erlaß geführt hat. Der Minister ließ den Sachverhalt an Ort und Stelle durch zwei Kommissare in allen Einzelheiten unter pädagogischen Gesichtspunkten untersuchen. Das Ergebnis war die Beurteilung des Falles als eines schweren pädagogischen Vergehens der Schule. Der Minister gibt zur Kennzeichnung des Goslarer Milieus einige Beispiele interessanter Schülerausagen.

Ein Oberprimaner sagte, er könne es mit seiner Ueberzeugung nicht vereinbaren, mit einem derartig geschmückten Kranz durch die Stadt zu gehen. Ein Unterprimaner gibt zu, daß er auf dem Boden liegende Schleien zur Seite gestoßen und dabei das Bewußtsein gehabt habe, dadurch die staatlichen Farben zu verunglimpfen. Ein Obersekundaner: Die Verbindung der Kränze mit der schwarzrothgoldenen Schleife sah mir als eine Herausforderung an. Die Staatsform adnen zu müssen erschien mir als Angehörigem einer höheren Schule nicht notwendig. Ein anderer Obersekundaner: Ich habe die Farben schwarzrothgold an mich (säthelisch) wie auch als Ausdruck einer politischen Ueberzeugung nicht gern. Ein Unterprimaner: Nicht die Reichsflagge zu beschimpfen beabsichtigte ich, da wie jagst du in ihr eine Parteilichkeit sahst. Ein Obertertiärer: Ich kann die schwarzrothgoldene Fahne nicht anerkennen, weil ich im Jung-Stahlhelm bin. Ich sehe in ihr die Farben des Reichsbanners. Ein Untertertiärer: Die schwarzrothgoldene Fahne ist doch auch Parteilichkeit. Ein Quinlaner: Ich mag die Farben nicht leiden, meine Eltern sind auch schwarzweißrot.

Bezeichnend ist, daß eine ganze Reihe von Schülern und Schülerinnen ausgaben, sie hätten zwar von sich aus nicht entfernen wollen, hätten sich aber dem allgemeinen Zwang nicht entziehen können und dem Vorwurf der Feigheit nicht ausweichen wollen. Da haben eben die Lehrer verlagert. Ich kann nicht gegen jeden Lehrer, sagt der Minister, einen Schulrat stellen; ich will auch von Auftragsereien und Bestechungen nichts wissen, aber dann muß ich in der Beurteilung der Lehrer mich an die Resultate halten. Wenn Oberprimaner schwarzrothgold nur als Reichsbannerfarben kennen, dann hat die Schule nicht ihre Schuldigkeit getan.

Der Minister wird wiederholt durch laute Zurufe von rechts unterbrochen. Als er sagte, die Goslarer Vorgänge hätten ihn aufs Heftigste erschüttert, brachen Abgeordnete der Rechten in lautes Geschrei aus. Er wandte sich an den amtierenden Vizepräsidenten n. Aries mit der Bitte, ihm Ruhe zu verschaffen. Der Vizepräsident erwiderte die Abgeordneten wiederholt, die Plätze einzunehmen. Als der Lärm rechts nicht nachließ, wurde von links gerufen: „Das ist Koch, der ist wieder betrunken!“ Auf den Ruf eines sozialdemokratischen Abgeordneten verließ Minister Dr. Becher schließlich seinen Platz am Regierungstisch und stellte sich an das Rednerpult in der Mitte mit den Worten: „Mir liegt daran, gut verstanden zu werden, denn (nach rechts) es handelt sich hier nicht um ein Parteipolitikfeld, sondern um eine ernste politische Angelegenheit!“

Der amtierende Präsident, so erklärt er kurz darauf, sagt mir eben, der Ausdruck „Schwarzrothgold“ entspreche nicht den Gewohnheiten dieses Hauses. Ich darf aber wohl bitten, daß ich Gelegenheit finde, in Ruhe zu sprechen. Nach diesen von der Linken mit Beifall aufgenommenen Bemerkungen kann der Minister ohne größere Störungen seine Rede beenden.

Kultusminister Dr. Becher:

Die tief bedauerlichen Vorgänge in Goslar haben die deutsche Öffentlichkeit ungemein erregt. Die große verfassungstreue Mehrheit des Volkes hat sich mit Recht gefragt, wie es nach zehn Jahren Republik hat möglich sein können, daß die verfassungsmäßigen Symbole des Reiches von der gebildeten Jugend einer Stadt am Geburtsfest unseres Staates in aller Öffentlichkeit beschimpft werden konnten.

Wo Vorgänge wie in Goslar möglich sind, haben die zur staatsbürgerlichen Erziehung berufenen Stellen eben einfach versagt.

Von dieser Feststellung kann keine Dialektik und keine Rabulistik etwas wegdistillieren. Die Republik hätte sich einfach selber aufgegeben, wäre mit Recht dem Spott der Republik-

Die Amtsblätter.

Richtlinien für Auswahl von Zeitungen zur Bekanntmachung amtlicher Veröffentlichungen.

Die Reichsregierung hat im Einvernehmen mit der preussischen Staatsregierung Richtlinien für die Auswahl von Zeitungen zur Bekanntmachung amtlicher Veröffentlichungen aufgestellt. Wie der Amtliche Preussische Preßedienst mitteilt, gelten diese Richtlinien auf Grund eines Beschlusses des preussischen Staatsministeriums mit sofortiger Wirkung auch für sämtliche preussischen Behörden und Dienststellen. In den Richtlinien heißt es u. a.:

„Bei der Auswahl der Zeitungen ist ohne Rücksicht auf ihre politische Richtung zu verfahren und auch der Anschein zu vermeiden, als ob Zeitungen einer bestimmten politischen Richtung wegen dieser Richtung bevorzugt oder ausschließlich berücksichtigt würden. Wo als Folge der traditionellen Bevorzugung bestimmter Blätter in früheren Zeiten noch heute ausschließlich oder vornehmlich Zeitungen einer politischen Richtung von allen oder einzelnen Behörden zur Veröffentlichung amtlicher Bekanntmachungen herangezogen werden, ist dieser Zustand sobald durch eine anderweitige Regelung zu erheben. Dies gilt auch dann, wenn als Folge der bisherigen Bevorzugung die dadurch begünstigte Zeitung die größte Verbreitung haben sollte, aber anzunehmen ist, daß bei Änderung dieses Zustandes auch andere Zeitungen mit Rücksicht auf ihre gleiche Leistungsfähigkeit die gleiche oder eine noch größere Verbreitung erzielen würden.“

Ausgeschlossen von der Benutzung für amtliche Veröffentlichungen sind Zeitungen, die planmäßig die Verfassung oder verfassungsmäßige Einrichtungen beschimpfen oder verächtlich zu machen suchen oder die über den Rahmen sachlicher Kritik hinaus die verfassungsmäßige Regierung, ihre Behörden und Amtshandlungen zum Zwecke der Untergrabung der bestehenden Staatsform planmäßig mit unzulässigen und insbesondere wahrheitswidrigen Mitteln bekämpfen. Soweit mit solchen Zeitungen vertragliche Bindungen bestehen, sind diese ebenfalls zu lösen.“

Die Bombenuntersuchung.

In der Voruntersuchungssache wegen der Sprengstoffattentate ist eine weitere Gruppe von Angeklagten, die sogenannte Ruhrgruppe, Anton Groß und Kurt Rudorf, aus der Haft entlassen worden, da bei dem jetzigen Stand der Untersuchung zwar ein Tatverdacht auch jetzt noch besteht, aber sowohl Verdunkelungsgefahr wie Fluchtverdacht nicht mehr begründet erscheinen. Gegen den Angeklagten Fritz Reßling, bei dem stärkere Verdachtsgründe vorliegen, ist die Freilassung von einer Sicherheitsleistung von 30 000 M. abhängig gemacht worden.

(Gewerkschaftliches siehe 3. Beilage.)

Verantwortlich für Politik: Dr. Carl Geetz; Wirtschaft: G. Ringelblum; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Familien: A. B. Eißner; Soziales und Sonstiges: Paul Herberich; Anzeigen: Th. Biedt; Amtlich in Berlin: Verlag: Buchverlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Buchverlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Hierzu 3 Beilagen, „Unterhaltung und Rätsel“ und „Stichtag“.

Seine Ausführungen werden von den Regierungsparteien mit großem Beifall aufgenommen.

Auf die deutsch-nationale Interpellation erwidert der Minister, die Besseren über seine Maßnahmen gegen Goslar treffen in dem von ihm geschätzten Umfang zu.

Das Staatsministerium billigt das Vorgehen des Kultusministers.

Eine Schädigung der Stadt Goslar sei bei der Sachlage leider nicht ganz zu vermeiden gewesen; ein Eingreifen in die Elternrolle habe nicht stattgefunden. Eine Kritik an der Behörde sei leider unvermeidbar gewesen. Auf die kleine Anfrage der Wirtschaftspartei antwortet der Kultusminister u. a., daß die Staatsregierung gern bereit sei, gemeinsam mit der Stadt Goslar zu erwägen, wie die eventuellen wirtschaftlichen Schädigungen auf ein Mindestmaß beschränkt werden könnten. Schließlich teilt er auf die Anfrage Kube (Nationalsozialist) mit, daß eine Herabsetzung von Parteiträgern in die Goslarer Zwischenfälle nicht erfolgt sei. Auf Kubes Frage, ob ihm bekannt sei, daß die preussischen Farben schwarzweiß sind, stellt er die Gegenfrage, ob dem Abg. Kube bekannt wäre, daß die Reichsfarben schwarzrotgold sind. (Beifall bei den Regierungsparteien.) Auf die Frage, wer veranlaßt habe, daß die Sporttränke mit den schwarzrotgoldenen Farben zu schmücken sind, erwidert der Minister dem Abg. Kube: „Es tut mir leid — das Stadtmag für Leibesübungen in Goslar!“ (Heiterkeit und lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien.)

Abg. Dr. Weisemann (Dnat.) bezeichnet den Erlaß des Ministers als einen Verstoß gegen die Verfassung. Die Elternrolle habe das Recht, die Kinder in dem „mit väterlichen Geist“ zu erziehen, der in Goslar herrsche. Das Goslarer Gymnasium sei im Vorjahre wegen seiner vorzüglichen pädagogischen Leistungen gelobt worden. Das Vorgehen des Ministers werde für die Stadt Goslar die Folge haben, daß die Gewerbesteuer um 100 Proz. erhöht werden muß. (Lachen links.) Mit dem vom Minister eingefügten Prüfungsanspruch werde man einander Wärtner schaffen oder Heuchler.

Abg. Leinert (Soz.):

Das Vorgehen der Regierung bei der Bemerkung des Ministers, daß er über die Vorgänge in Goslar erschüttert gewesen sei, hat den völligen Mangel an Staatsgefühl und der Rechten bewiesen. Die eingebrachten Anträge, die ganze Angelegenheit noch einmal nachzuprüfen und den Erlaß zurückzuziehen, lehnen wir selbstverständlich ab.

Die Ansicht des Ministers, daß endlich einmal ein Exempel statuiert werden müsse, war durchaus berechtigt. Wie sind der Meinung, daß man schon viel früher hätte durchgreifen müssen.

Ich erinnere nur an die Demonstration von 400 Schülern vor dem Lokal des sozialdemokratischen Blattes in Potsdam, das die Verfassungsfreiheit abfällig kritisiert hatte und an die Kriegsspiele von Schülern in Nordhausen in Anwesenheit der Lehrer unter schwarz-weißer Flagge. (Hört! hört! links.)

Bei den Vorgängen in Goslar liegt die Verantwortlichkeit der Republik so klar zu Tage, daß es nichts zu leugnen gibt. Wie konnte man davon reden, daß die Schüler von den schwarzrotgoldenen Schülern überfallen worden sind! Das Goslarer Gymnasium ist nichts anderes als ein nationalsozialistisches Treibhaus. (Zuruf des Abg. Adolph Hoffmann: Schon mehr ein Ritzbeet!) Welcher Geist in der Schule gepflegt wurde, beweist eine Eingabe der Vereinigung früherer Schüler des Gymnasiums, die die Schuld an den Vorgängen auf die Ueberföhrung der obunzulässigen Schüler mit den schwarzrotgoldenen Schülern schiebt und dafür das Stadtmag für Leibesübungen verantwortlich macht. Solche Ansichten früherer Schüler des Gymnasiums sind ein Beweis der Schuld des Lehrerkollegiums, das es u. a. auch gebildet hat, daß Turnspiele mit dem Stahlhelmabzeichen

abgehalten wurden. Das ist zwar von dem Direktor gerügt worden, dieser aber hat es unterlassen, nachzuprüfen, ob seinen Anordnungen Folge geleistet wird. Ich kenne die wahre Gesinnung des Direktors nicht, aber er hätte längst abgesetzt werden müssen. Für den wahren Geist der Schule spricht die Tatsache, daß man zwar das Bild von Hindenburg aufhängen ließ, aber in Generalstabmarschalluniform, neben Tirpitz. Vom Reichspräsidenten Ebert ist jedoch kein Bild zu finden! (Hört! hört!)

Der Geschichtslehrer ist sogar Vorsitzender des Stahlhelms und des Kriegervereins.

Dementprechend sehen auch seine Aufsatzthemen aus. Der Minister sollte sich einmal diese Aufsätze kommen lassen und durchsehen, er würde Wunder erleben. Die Schulbibliothek kennt kein modernes Buch. Es ist schließlich kein Wunder, wenn ein erheblicher Prozentsatz der Schüler nicht verlesen werden konnte, wenn die Lehrer mehr für den Stahlhelm als für die Schule tätig sind. Hier zeigt sich klar, was von solchen Lehrern an den Schülern gefündigt worden ist.

Der Fall Goslar ist symptomatisch. Es wäre interessant, wenn auch der Minister einmal mitteilen würde, wie es an anderen Schulen aussieht. Eine Zurücknahme des Erlasses kann nicht in Frage kommen. Die Verletzung solcher Lehrer kann nur beiläufig wirken. Ich mache in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, daß auch der Oberstudienrat Czmalina in Gumbinnen einen Aufruf für das Volksbegehren unterzeichnet hat, ebenso der Gymnasiallehrer Pufkes, der zugleich Kreisführer des Stahlhelms ist. (Hört! hört! bei den Regierungsparteien.)

Ich will nicht hoffen, daß der Minister schwach wird. (Der Minister schüttelt mit dem Kopf.) Er würde dann den staatsfeindlichen Tendenzen Vorschub leisten. Leider ist der größte Teil der Lehrer an den höheren Schulen noch schwarzweißrot. Aber die Langmut des Volkes ist zu Ende. Möge der Fall Goslar eine Warnungstafel sein: Eretzt, ihr seid gewarnt! (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Grebe (Z.) erklärt, daß für die Vorgänge in Goslar nicht in erster Linie die Schüler, sondern die Lehrer verantwortlich zu machen sind. Es schade nichts, wenn die Jugend lernt, daß der Staat nicht ohnmächtig ist. Die freie Meinungsäußerung jeden Staatsbürgers könne nicht im Abreiß und Heruntertrampeln der Farben der Republik bestehen.

Abg. Dr. Austerlitz (Komm.) ist der Auffassung, daß es sich hier nicht um eine pädagogische Frage, sondern um den Versuch handelt, die Schule zu einem Instrument der kapitalistischen Republik zu machen. Mit Maßregelungen der Schüler könne man die Liebe zum Staat nicht wecken. Der proletarische Lehrer sei verfassungsmäßig rechtmäßig. (Zuruf des Abg. Hoffmann (Soz.): „Warum habt ihr 1918 nicht mitgeholfen?“ — Der Präsident ermahnt den Redner zur Sache zu sprechen.) Die Regierung wolle die proletarischen Tendenzen in der Schule bekämpfen. Die kommunistische Partei lebe in dem Fall Goslar nur einen Fliegenstreit und werde sich an der Abstimmung über die Anträge nicht beteiligen.

Abg. Jürgensen (Soz.) beantragt hierauf Schluß der Aussprache. Da die Abstimmung zweifelhaft bleibt, wird die Debatte fortgesetzt.

Abg. Dr. Steffens (D. Bp.) sieht in der unterschiedlichen Behandlung der nationalsozialistischen Jugend und des sozialistischen Schülerbundes ein Wesen mit zweierlei Maß. Das scharfe Vorgehen des Ministers gegen das Lehrerkollegium sei unpsychologisch, unpädagogisch und politisch kurzfristig. Die Liebe zum Staat müsse innerlich wachsen ohne Zwang.

Hierauf wird die Debatte abgebrochen.

Nach einer Reihe von persönlichen Bemerkungen verläßt sich das Haus auf den 26. November, mittags 1 Uhr. Es bleibt dem Präsidenten überlassen, die Tagesordnung festzusetzen.

WERTHEIM

Leipziger Str. (Versand-Abt.) Königstr. Rosenthaler Str. Moritzplatz
 Preise für Freitag u. Sonnabend, soweit Vorrat, Mengenangabe vorbehalten.
 Fleisch, Fische, Geflügel, Obst und Gemüse werden nicht zugesandt.

Frisches Fleisch

Querrippe Pfd.	0.80	Gulasch Pfd.	0.95
Rinderkamm u. -Brust Pfd.	0.90	Schmorfleisch mit Knochen Pfd.	1.10
Schmorfleisch ohne Knochen Pfd.	1.30	Roastbeef mit Knochen Pfd.	1.10
Frische Rinderzungen Pfd.	1.20	Gehacktes Pfd.	0.85
Lieser Pfd.	1.10	Kalbskamm u. -Brust Pfd.	0.90
Kalbsnierenbraten Pfd.	0.98	Kalbskeule ganz u. geteilt, bis 9 Pfd., Pfd.	1.10
Kalbsschnittel Pfd.	2.10	Schweinebauch u. Rücken mit Beilage, Pfd.	1.26
Schweinekamm u. -Blatt mit Beilage, Pfd.	1.28	Schweineschinken mit Beilage, Pfd.	1.30
Käse mild gesalzen Pfd.	1.30	Prima Gefrierfleisch	
Rinderkamm u. -Brust Pfd.	0.80	Hammelvorderfleisch Pfd.	0.88
Hammelrücken Pfd.	0.95		

Obst u. Gemüse

EB- u. Kochäpfel 3 Pfd.	0.25	Möhren gewaschen .	0.05
Tafeläpfel Pfd.	0.12	Weißkohl Holst., Pfd.	0.05
Jägeräpfel Pfd.	0.24	Rotkohl Holst., Pfd.	0.08
Pastoräpfel 2 Pfd.	0.25	Wirsingkohlr. Holst., Pfd.	0.08
Graubirnen 2 Pfd.	0.35	Blumenkohl Kopf v., Pfd.	0.15
Tafelbirnen neue Polivan 0.20		Zwiebeln 3 Pfd.	0.20
Wointrauben 0.32	0.38	Sellerie Pfd.	0.22
Bananen Pfd.	0.45	Schwarzwurzeln	0.35
Winterkartoffeln Pfd.	0.25	Zentner von	3.25 an
Zusendung in Groß-Berlin per Zentner 0.50, Sackpfd. 0.50			

Käse u. Fette

Ramadou Stück	0.24	Münster vollfett, Pfd.	1.15
Camembert vollfett, Halbbunde, Schachtel große Schachtel, 6 Portionen	0.28	Schweizer, Käse, Pfd.	0.95
Emmentaler vollfett, Schachtel, 6 Portionen	0.75	vollfett, Pfd. von	1.28
Limburger 0.58 u. 1.10		Margarine Pfd.	0.50
Holländer Pfd. 0.75 u. 1.10		Kokosfett Pfd.-Tafel	0.50
Edamer Pfd. 0.78 u. 1.10		Schweineschmalz	0.72
Tilsiter vollf., Pfd. v.	0.95	Molkereibutter Pfd.	1.82
Steinbuecher vollfett	1.10	Grasbutter Pfd.	1.92
		Tafelbutter Pfd.	2.10
		Dän. Butter billigst	

Wurstwaren

Dampfwurst Pfd.	0.95	Sülz- u. Rotwurst Pfd.	1.10
Wien-Wurstchen Pfd.	1.20	Hausm. Leberwurst	1.25
Fleischwurst Pfd.	1.25	Mettwurst (Br. Art.)	1.45
Mettwurst (Br. Art.)	1.45	Jagd wurst Pfd.	1.45
Filet- u. Schinkenw.	1.65	Filet- u. Schinkenw.	1.65
Tee- u. Landmettw.	1.75	Feine Leberwurst	1.80
Speck u. Salami	1.80	Speck mit 1.35 mager	1.65
Schinkenspeck Pfd.	1.95	Wichtigste Kennzeichen: Moritzplatz	
Landleberwurst Pfd.	0.95	Knoblauchwurst Pfd.	1.15
Poinische Wurst Pfd.	1.45	Bierwurst Pfd.	1.45

Geflügel u. Wild

Tauben Stück von	0.68 an	Suppenhühner Kische Pfd.	0.88 an
Gänse Stück von	0.98 an	Junge Brathühner Pfd.	1.10 an
Enten Stück von	1.25 an	Rebhühner ausländische Stück von	1.10 an
Hirsch u. Wildschwein billigst			

Fische

Dorsch Pfd.	0.15	0.28
Bratschollen Pfd.	0.15	0.30
Schellfisch Pfd.	0.15	0.40
Goldbars ohne Kopf Pfd.	0.34	
Kabeljau ohne Kopf, ganze Fische, Pfd.	0.46	
Zander gefroren Pfd.	0.58	an
Grüne Heringe feine, 3 Pfd.	0.55	0.75
Lebende Karpfen Pfd.	1.15	an
Lebende Schleie Pfd.	1.25	an
Fischfilet billigst		

Kolonialwaren

Tafelreis Pfd.	0.21	Eier-Schnittnud. Pfd.	0.42
Haferflocken Pfd.	0.21	Eier-Fadennud. Pfd.	0.48
Hartweizengrieß	0.27	Makkaroni Pfd.	0.48
Hühner - Bouillon - Würfel „Olympia“ 10 St. 20 St. Dose	0.50	0.95	
Suppenpulver nach böhmischer Art: Schoten mit Kalbfleisch, Leber, Jagen Hühner, Wildfleisch, 1 Pfd. = 25 Teller	1.95		

Konserven

Br.-u. Schnittbohne 1/2 Dose	0.57	Bruchspargel stark	2.80
Haushalt-Gemüse	0.80	Stg.-Spargel stark	2.85
Leipziger Allerlei	0.90	Pflaumen	0.62
Gem. Gemüse fein	1.50	Saura Kirschen u. Stein	1.45
Jungo Erbsen	0.70	Heidelbeeren	0.90
Jg. Erbsen sehr fein	1.45	Aprikosen kaliforn.	1.60
Karotten geschälte	0.42	Senfgurken	0.78
Jg. Karotten kleine	0.30	Oelsardinen	0.36
Spinat	0.55	Heringe servier., 1/2 Pfund	0.68

Konfitüren

Olympia-Kakao Pfd.	0.90	Schmelz Pfd.	1.50
Spitzkuchen Pfd.	1.30	Vollmilch	1.60
Dominostein Pfd.	1.30		
Relief-Schokolade			

Kaffee

eigene Bohnen		Konsum-Misch Pfd.	2.10
Haushalt-Misch Pfd.	2.60	Sonder-Misch Pfd.	3.00
Olympia-Misch Pfd.	3.40	Globus-Misch Pfd.	3.80
Residenz-Misch Pfd.	4.20		

Räucherwaren

Fetbücklinge	0.40	0.48	Sprotten Pfd.	0.72
Kiefer Bücklinge I	0.50		Spickaale Pfd.	2.65 an
Makrelen Pfd.	0.50		Lachs 1 Stück, Pfd.	1.45 an
Fiandern Pfd.	0.52		Bundaale billigst	

Wein vom FaB

Rosetten-Apfelwein süddeutscher	Liter	0.55
Johannisbeerwein süd. kräftig	Liter	0.80
Tarragona und Tafelrotwein	Liter	1.10
Muskateller und Wermut „Evisa“	Liter	1.40
1928 Malkammerer guter Pinotwein	Liter	1.15
Deutscher Weinbrand „3 Kronen“	Liter	4.60
1928 Wollsteiner mild	Liter	0.88
1928 Gleiszeller Kirchberg guter Tischwein	Liter	0.95
1928 Dittelsheimer Klopberg saft. Rheinbrasse	Liter	1.10
1922 Chät La Grollet lieblich Boreaux	Liter	1.45
1927 Mandel Rosengarten sehr bünig	Liter	1.45
1928 Edigerer Sonnenseit spritziger Mosel	Liter	1.60
1927 Niersteiner Domtal würzig, kernig	Liter	2.00
Preise für 1/2 Flasche, ohne Glas		
Neue Preisliste wird auf Wunsch zugesandt		

Eisenbahnkatastrophe in Bayern.

Bisher 4 Tote, 16 Schwer- und 56 Leichtverletzte.

Die Eisenbahnkatastrophe, die sich bei Reichelsdorf unweit Nürnberg — also wieder in Bayern — zugefallen hat, ist eine der schwersten, die in den letzten Jahren zu verzeichnen ist. Leider ist sie schwerer, als die ersten Meldungen berichten konnten. Die Zahl der Toten hat sich von drei auf vier, die der Schwerverletzten von 10 auf 16 erhöht. Außerdem haben 56 Personen leichte Verletzungen erlitten. Unter den Toten und Schwerverletzten befindet sich kein Berliner. Unter den Leichtverletzten werden folgende Berliner und Potsdamer Namen genannt: Geheimer Justizrat Salomon und Frau Margarete Erzellher (Berlin), Sally Primwin (Cichtersfelde), Schilling und Ehefrau (Spandau), Allenhorst (Treprow), Margarete Schramm (Tege), Walter Blis und Elstriede Schowa (Potsdam). Nach den bisherigen Feststellungen ist das Unglück durch die mißverständliche Auslegung eines Befehls entstanden. Für den aus der Richtung Nürnberg kommenden D-Zug war das Einfahrtsignal zur Station Reichelsdorf frei, während das Ausfahrtsignal für den Münchener D-Zug noch gesperrt gewesen sein soll. An der Unglücksstelle werden seit längerer Zeit Gleisarbeiten ausgeführt, so daß der Betrieb an dieser Stelle zurzeit eingeleitet durchgeführt wird. Einer der beiden zufällig mitfahrenden Ärzte, Dr. Späth-Erlangen, erklärte, er habe den Eindruck gehabt, daß das Bahnpersonal nach der Katastrophe völlig den Kopf verloren habe. Niemand habe gewußt, was zu tun sei. In höchster Erregung habe man das Notwendigste zu tun vergessen. Erst das Zugreifen von geistesgegenwärtigen Jahrgängern und Reichelsdorfer Einwohnern habe die erste Hilfe ermöglicht.

Tausende von Menschen drängen sich um die Unglücksstelle bei Reichelsdorf, die ungefähr 300 Meter vor der Station liegt. Dem Beschauer bietet sich ein Bild grauenhafter Verwüstung. Die beiden Lokomotiven sind ineinandergefahren. Die Gleise sind stark verbogen und in die Erde gedrückt. Der Tender der von München kommenden Lokomotive hat das Dach des Postwagens weggerissen.

Der Postwagen des Münchener Zuges ist völlig zertrümmert.

Der hinter dem Postwagen des Nürnberger Zuges sich befindende Personenwagen zweiter Klasse wurde teilweise eingedrückt. Die folgenden Wagen sind weniger beschädigt. Es war ein großes Glück, daß die Züge nicht in voller Fahrt fuhren. Der Münchener Schnellzug hatte in Schwabach Verpätung erlitten und fuhr bei dem Unglück in einer Schnelligkeit von nur etwa 10 Stundenkilometern. Der von Nürnberg kommende Zug fuhr schneller. Nach dem Zusammenstoß brach unter den Reisenden eine

Irreparable Panik

aus. Alles suchte so schnell wie möglich ins Freie zu gelangen. An dem Rettungswert beteiligten sich zunächst die unermüdeten Mitreisenden und die Reichelsdorfer Bevölkerung, die in Scharen an der Unglücksstelle eingetroffen war. Die erste ärztliche Hilfe wurde von zwei zufällig mitfahrenden Ärzten geleistet. In seinem völlig zertrümmerten Führerstand war der Lokomotivführer des Nürnberger Zuges, Beer, der schreckliche Verletzungen am Unterleib erlitten hat, eingeklemmt. Die Rettungsmannschaften mußten den Unglücklichen mit Schneidebrennern aus seiner irrtümlichen Lage befreien, doch hatte er so schwere Verletzungen erlitten, daß er wenige Minuten, bevor man ihn bergen konnte, verstarb; er ist das vierte Todesopfer.

Bereits um 11.10 Uhr konnte in Nürnberg der erste Hilfszug abgefahren werden. Die freiwillige Sanitätswache in Nürnberg und die Arbeiterkameraden von Nürnberg, Zirndorf, Schwabach und Roth trafen alsbald an der Unfallstelle ein und nahmen sich der Verletzten an. Ein Glück war es, daß der hinter dem Postwagen des Münchener Zuges folgende Wagen

zweiter Klasse Rom-Berlin-Anhalter Bahnhof mit nur vier bis fünf Personen besetzt war. Ueber die Ursachen des Unglücks liegen bis zur Stunde amtliche Angaben noch nicht vor. Nach Beobachtungen an der Unglücksstelle läßt sich feststellen, daß

Eine neue Bestechungsaffäre.

Unternehmerin und vier Beamte festgenommen und geständig.

Einer umfangreichen Bestechungsaffäre ist die Dienststelle F 2 der Kriminalpolizei in Pantow auf die Spur gekommen. In die Angelegenheit sind die Inhaberin der Tiefbaufirma Klotz in der Schloßstraße in Pantow, Frau Martha Klotz, und vier Beamte verwickelt, und zwar der Obersekretär Kneißel, der abgebaute und später im Klotz'schen Betriebe angestellte Magistratsobersekretär Franz Groß, der Telegraphenobersekretär Lebram und der Telegraphenobersekretär Köditz. Die fünf Personen sind bereits dem Untersuchungsrichter vorgeführt worden. Die vier Beamte haben zum größten Teil die ihnen zur Last gelegten Verfehlungen zugegeben. Befragt erscheint ferner Baurat Arnold vom Betriebsamt Stettiner Bahnhof insofern, als dessen Frau von Frau Klotz Gelder mit Wissen ihres Mannes genommen haben soll. Im ganzen sind bisher 20 Personen verurteilt worden; sie sind sämtlich, mit Ausnahme von Frau Klotz und den zuerst genannten vier Beamten, wieder entlassen worden.

Schon früher waren bei der Kriminalpolizei anonyme und namentlich unterzeichnete Anzeigen gegen den Betrieb eingegangen, doch verliefen die Untersuchungen stets ergebnislos. Vor drei Wochen wurde wieder eine anonyme Anzeige erstattet und Kriminalkommissar Rietzky stellte jetzt eingehende Beobachtungen an. Sie hatten den Erfolg, daß

ein ganzer Kastenfüllung von Bestechungen und Durchschleichen

ans Licht gezogen wurde. Am schwersten belastet erscheint die 50jährige Witwe Martha Klotz, Alleinhäuserin des Tiefbauunternehmens Franz Klotz in Pantow. Anfänglich, nach dem im Frühjahr dieses Jahres erfolgten Tod ihres Mannes, sehr ungewandt in der Geschäftsführung, machte sie die Bekanntschaft des Baurats Arnold vom Betriebsamt der Eisenbahn am Stettiner Bahnhof. Arnold hatte eine schwermütige Frau. Frau Klotz gab nun der Leidenden wiederholt Geld für Kuren und unterstützte sie. Der Mann selbst nahm kein Geld, wußte aber, daß die Kurrechnungen und andere Zuwendungen von Frau Klotz bestritten wurden. So sicherte sich Frau Klotz sein Wohlwollen. Zuerst zu dem Baurat knüpfte sie auch Beziehungen zu dem 33 Jahre alten Obersekretär Kneißel aus Schmargendorf an. Er war so begütigt, daß er noch dem Tode des Franz Klotz der Witwe 14000 M. auszahlen konnte. Frau Klotz übereignete ihm später sozusagen als Gegenleistung 20000 M. Wenn eine Einziehung der Aufträge oder andere Schwierigkeiten drohten, war Kneißel stets bereit, seinen Einfluß zugunsten der Frau Klotz geltend zu machen und ihr die Lieferungen und Aufträge wieder zuzuschicken.

Verschiedene Beamte, die aus dem Dienste abgebaht worden waren, stellte Frau Klotz in ihrem Betrieb ein und bewachte sich so die Verbindung mit den amtlichen Stellen.

Vom Magistrat in Pantow waren ein Tiefbauingenieur Gesselmann und ein Obersekretär Groß abgebaut worden. Groß wurde von Frau Klotz sofort eingestellt. Auf unerklärliche

der Nürnberger Zug freie Einfahrt in die Station hatte. Der die Station Reichelsdorf in gemäßigtem Tempo passierende Münchener Zug stand bei dem Zusammenstoß etwa mit der Mitte unter dem Signalmast, dessen Arm wogerecht liegt. Es dürfte lange Zeit dauern, bis die Trümmerstätte geräumt sein wird. Zurzeit müssen die Züge umgeleitet werden. Der Postwagen des Münchener Zuges ist vollständig demoliert. Seine rechte Seite ist heruntergeklappt, wie ein Deckel, der sich um ein Scharnier drehen läßt. In dem vorderen Teil liegt zur Hälfte der Tender. Hierdurch erklärt sich auch die große Zahl der Verluste unter den Münchener Beamten.

Weile wurden eines Tages der Firma Klotz vom Magistrat 6000 M. überwiesen, obwohl kein Auftrag ausgeführt worden war. Von diesem Gelde sollte Frau Klotz an Gesselmann und Groß je 1500 M. zahlen und den Rest von 3000 M. für sich behalten. Gesselmann hat das Geld auch in seinem Bureau von Frau Klotz erhalten; Groß bekam nur 300 M. in bar und die Anstellung. Er drängte jetzt auf Zahlung des Restes von 1200 M. Mit in die Angelegenheit verwickelt ist außerdem der Obersekretär i. R. Schaffran und dessen Freund, der Telegraphenobersekretär Lebram.

Bei den Vernehmungen kam auch zur Sprache, daß der Kreis der Beteiligten Zusammenkünfte in Vergnügungsorten veranstaltet hat, bei denen Frau Klotz die nicht kleine Zechen bezahlte. Es war auch bekannt, daß Frau Klotz einem vieljährigen Händlerrückdruck ausstellte.

Beim „Gulentaug“ und „Gulentaug“ ließ sie in die Hände der Begünstigten stets einen Fünfzig- oder Hundertmarkschein gleiten,

der auch willig genommen wurde. In diese an sich unerfreuliche Sache spielt aber auch eine heitere Episode hinein, die ebenfalls zur Sprache kam. Bei einer Versammlung der Aufsicht war ein neuer Mann dabei, der die Brattiken der Frau Klotz noch nicht konnte. Jeder der anderen erhielt mit dem Händedruck eine 50 Mark Fünfzigmarktschein. Dem „Neuen“ steckte die Frau einen Hundert zu. Er wußte das nicht, machte die Hand zu früh auf und das Scheinegeld flatterte zur Erde, von den weniger Bedachten mit „Stiefelungen“ betradet.

Eine rühmliche Ausnahme in dem Buß von Korruption und Bestechung machten lediglich ein Eisenbahnobersekretär und ein Oberbahnmeister. Ihnen sandte Frau Klotz durch Post je 500 M., die beiden Beamten ließen aber das Geld postwendend zurückgehen.

Wie hoch der Schaden ist, der durch minderwertige Lieferungen und durch Uberteuuerung angerichtet worden ist, ist Gegenstand der Untersuchung bei den betroffenen Behörden.

Haftentlassung in der Bombenaffäre.

Noch Tatverdacht, aber nicht Fluchtverdacht.

In der Voruntersuchungssache wegen der Sprengstoffattentate ist gestern eine weitere Gruppe von Angeklagten, die sogenannte Ruhegruppe, Anton Groß und Kurt Rudorff, aus der Haft entlassen worden, da bei dem heutigen Stand der Untersuchung zwar ein Tatverdacht auch jetzt noch besteht, aber sowohl Verdunkelungsgefahr wie Fluchtverdacht nicht mehr begründet erscheinen. Bei dem Angeklagten Fritz Kelling, bei dem stärkere Verdachtsgründe vorliegen, ist die Freiheit von einer Sicherheitsleistung von 30000 M. abhängig gemacht worden.

Johann Komáromi:
12] **Ahe, Kosaken!**
aus dem Ungarischen
von Alexander von Sacher-Masoch
Copyright by Büchergilde Gutenberg, Berlin.

Wir ängstigten uns den ganzen Tag um ihn, denn es kamen Nachrichten, daß sich Wolfsrudel auf den Straßen herumtrieben und zwischen den Dörfern zahllose Slowaken aufgefressen hätten mit Haut und Haar. Nicht mal ihre Riemenstühle seien übrig geblieben. Der zweite und der dritte Tag verstrich. Mein Onkel kam nicht zum Vorschein. Wir achteten in gedrückter Stimmung auf jedes näherkommende Geräusch. Aus der Richtung der Besiedelungen vernahmen wir manchmal fernen Gesang, besonders an den Abenden, aber durch den brausenden Sturm klang er so träumerisch, als käme er von irgendwoher unter der Erde. Wahrscheinlich malte irgendeine junge Dirn Mais auf der Handmühle und weinte ihren unterdrückten Kummer, vor sich hin sinnend, in ein Lied hinein. Diese Lieder der Unglücklichen höre ich noch heute!

Auch der Sohn meiner Tante kam zu den Ferien heim. Er zeigte mir seine Lehrbücher, die mit Bildern geschmückt waren und besonders die fernen Gegenden in der Geographie, und wußte wunderbare Märchen von Städten und Ländern, die mich in Erstaunen versetzten und in meinem Herzen geheime Wünsche wachriefen. Er sprach von vergangenen Dingen und großen Männern, deren Namen ich damals zum erstenmal hörte. Als er Ludwig Kossuth erwähnte, regte sich Urgroßvaterchen auf der Ofenbank.

„Jawohl! Nie gab es einen zweiten Redner wie ihn. Als die Slowaken Anno 31 wegen der Korola verrückt wurden und mit Gewehren und Äxten gegen Ujhely zogen, kam er ihnen auf der Landstraße entgegen.“

Er schwieg, von den alten Erinnerungen übermannt. Er wiegte den Kopf hin und her und fuhr dann, gleichsam zu sich selber sprechend, fort: „Nun, er kam mütterleienallein in einem Parabewagen. Als er mit den wütenden Slowaken zusammentraf, winkte er dem Kutscher, er möge anhalten. Er aber stand im Wagen auf und dann richtete er eine lange

Predigt an die Slowaken, denn er beherrschte nur die ungarische Sprache. Teils verstanden sie ihn, teils nicht, aber wie er sich allmählich warm geredet hatte, legten sie Gewehre und Äxte beiseite und schrien dann wie die Berrückten in ihrem schlechten Ungarisch: „Hoch liebe Ludwig Kossuth!“ So ein Redner war das. Freilich, später hat er dann auch den König und alle Grafen verhöhlt... Gott beschütze ihn!“

Der Alte schwieg und wiegte nur den Kopf hin und her. Schweigen trat in die Stube: Durch die Wärme lief das kleine Fenster mitschig an. Meine beiden Tanten heizten den Kamin mit Stroh und dürrer Stengelwerk, und die Luft war so dick, besonders an den Abenden, daß mir der Kopf brummte. Mit diesem brummenden Schüssel schlief ich in der Kaminede ein und schreckte öfters aus dem Schlafe auf, vor Morgengrauen. Ich hatte schlechte Träume. Ich fürchtete mich vor den herumstreichenden Wölfen. Und wenn ich am frühen Morgen in der Kaminede den Kopf erhob, vernahm ich die summende Stimme meines Bettlers, des Bürgerschülers, der, auf die Ellenbogen gestützt, aus irgendeinem Buche Verse büffelte. Die verrußte Lampe blinkerte, tief herabgeschraubt, auf der Tischkante, und er wiederholte, während die anderen regelmäßig und tief atmend schliefen, vielleicht zum zwanzigsten Male:

„Wer streift durch den Friedhof in schweigender Nacht?
Die schaurige Mitternachtsstunde erwacht...
Ein armes Kind schwankt überm Wall,
Den Liebsten suchend überall.“

Das mit monotoner Stimme immer wieder wiederholte Gedicht, das mitternächliche Antlitz des Friedhofes, das geisterhafte Licht in der Stube und der draußen tobende Sturm übten eine niederdrückende Wirkung auf mich aus und ich begann über das Leben der armen Leute nachzudenken...

Dann schien das Unwetter etwas nachzulassen. Der Schnee fiel nicht mehr, nur der Wind sang noch. Er sang und summte in so seltsamer Gleichförmigkeit, als weinte hinter verschlossenen Türen ein Mädchen still vor sich hin. Und es war, als schluchzte sie mitunter auf in ihrem großen Schmerz. Aber dieses Schluchzen des Windes kam aus den Rauchfängen oder aus dem Vorhaus, wenn die äußere Tür jäh zugeschlagen wurde.

Am fünften Tage tauchte mein Onkel wieder auf. Er kam mit guten Nachrichten. Daheim war alles in Ordnung. Nur von meinem Vater war keine Nachricht, der noch im Herbst mit den Kosaken in die Wälder des Bihorsat vorge-

drungen war. Mein Onkel erzählte, daß er die Heimkehr dreimal versucht hatte, aber der Sturm habe ihn bereits am Ende des Dorfes in den Gräben geworfen, so daß er gezwungen war, umzukehren. Beim dritten Male war er schon eine Viertelstunde vom Dorfe entfernt, man konnte keine zwanzig Schritte weit sehen, die Landstraße verlor sich unter seinen Füßen, und alles war beherrschender Wind und große, weiße Ferne. Er glaubte schon, er hätte sich in die weiße Welt verirrt, aber zum Glück hörte er Hundegebell und fand irgendwie ins Dorf zurück. Bei diesem dritten Versuch schien es ihm, gerade als er umkehrte, daß er unweit der Landstraße in jener Gegend, wo die Ländereien des Grafen aufhören, zwei Wölfe sah, die einen sich wührenden Menschen mit gierigen Mäulern angriffen. Der Mann und die Wölfe verloren sich in der weißen Unendlichkeit, dann tauchten sie wieder auf, aber nur zum Teil. Er schrie mit vollen Lungen in jene Richtung, aber der Wind trug seinen Schrei fort und die zwei Wölfe zerrten an jenem hochgewachsenen Kerl herum, der — in Ermangelung eines Stodes — mit den Füßen in sie hineintrat. Sein Hosenboden war schon erheblich zerfetzt. Er erinnerte sich noch, daß die Gestalt augenscheinlich sehr eng anliegende Hosen hatte, wie sie die Soldaten zu tragen pflegen, und meinte, daß die zwei Bestien aller Annahme nach Josef Paczaj in der Arbeit hatten. Er wollte ihm mit der Art zu Hilfe eilen, denn die Bestie hatte Josef wieder beim Hintern gepackt. Josef drehte sich um, verfehlte ihr einen Tritt, daß sich das Untier viermal überschlug, aber dann verlor sich alles im Schneegestöber, so daß er weder Josef, noch die Wölfe sehen konnte. Er flüchtete dann ins Dorf zurück. Es schien wahrscheinlich, daß Josef von den Wölfen gefressen worden war.

Josef Paczaj war jedoch auch diesmal mit heiler Haut davongekommen. Am dritten Tage erschien er bereits in seiner überlegenen Art in der Werkstatt.

Über das hatte eine Vorgeschichte. Als nämlich mein Onkel Josef Paczaj's Abenteuer mit den Wölfen erzählte, entfuhr es mir gegen meinen Willen: „Gott sei Dank...“

Mein Großvater sah mich befreundet an, und als er meine Berlegenheit wahrte, fragte er mich gründlich aus. Als er erfuhr, daß der Oberst Josef zum Brandlegen gedungen hatte, wurde er sehr erregt. Eine geraume Weile ging er im Zimmer auf und ab mit rückwärts verschlungenen Armen. Dann blieb er vor seinem Sohne stehen.

(Fortsetzung folgt.)

Riesenexplosion in Hollywood.

Filmwerke in Flammen. — 50 Millionen Dollar Schaden.

New York, 24. Oktober.

Im Laboratorium der Vereinigten Filmwerke in Hollywood ereignete sich eine Riesenerplosion, wodurch das gesamte Laboratorium zerstört und etwa eine Million Meter unentwickelter Filme vernichtet wurde, darunter mehrere Meisterfilme. Eine Person wurde auf der Stelle getötet und viele schwer verletzt. 50 Arbeiter wurden bei der ersten Explosion auf die Straße geschleudert. Ingesamt ereigneten sich vier Explosionen nacheinander. Das Feuer breitete sich aus und erfasste auch das Laboratorium der Eastman Kodak-Werke, das von allen Filmproduzenten benutzt wurde. Unter den vernichteten Filmen soll sich auch Fairbanks' „Taming Shrew“ befinden. Man schätzt den Schaden auf 50 Millionen Dollar.

Autobus fährt gegen Chauffeebaum.

Vier Fahrgäste schwer verletzt.

Gestern nachmittags wurde ein Autobus der Linie 39 von einem schweren Unfall betroffen. Der Wagen fuhr in Friedrichsfelde gegen einen Baum und wurde stark beschädigt. Vier Fahrgäste erlitten schwere Verletzungen und wurden ins Lichtenberger Hubertuskrankenhaus übergeführt.

Der von dem Unfall betroffene Autobus verkehrt auf der Strecke Friedrichsfelde — Mahlsdorf als Anschlusslinie der Straßenbahnen 69 und 70, die in der Schloßstraße in Friedrichsfelde enden. Kurz vor dem Grundstück Alt-Friedrichsfelde 58 will der Führer des Autobus plötzlich bemerkt haben, daß die Steuerung nicht richtig funktioniert. Bevor er sein Fahrzeug aber noch zum Halten bringen konnte, war der Unfall schon geschehen. Der Autobus geriet zu weit auf die rechte Straßenseite und fuhr mit großer Wucht gegen einen starken Baum. Der Schutzhelm am Kühler wurde völlig eingedrückt und die Achse schwer beschädigt. Die Scheiben glagen in Trümmer. Die erschreckten Fahrgäste wurden von den Sitzen geschleudert; vier von ihnen, eine Frau Selma Hinge aus Mahlsdorf, Am Lupinenfeld 8, Frau Luise Bandonin aus der Kleinen Andreassstraße 10, Frau Anna Strebekow aus der Wolfstraße 29 in Rausdorf und ein Wilhelm Polinski aus der Kurfürstenstraße 48 in Mariendorf, erlitten so schwere Verletzungen, daß sie durch Rettungswagen der Friedrichsfelder Feuerwehr ins Hubertuskrankenhaus gebracht werden mußten.

Eine Untersuchung über die genauen Ursachen des Unfalls ist sofort eingeleitet worden.

Das Geheimnis der Wohntaube.

Eisfabrik, Fleischerei und Dunggrube nahe beieinander.

Unglaubliche Zustände kamen ans Licht, als Kriminalbeamte gestern ein Laubengelande hinter dem Bahnhof Weihensee einer Streife unterzogen. Nicht nur, daß dort alles den hygienischen Anforderungen widersprach, man entdeckte dort auch ein umfangreiches Lager von Diebesbeute.

Auf dem ziemlich abgelegenen wenig betretenen Gelände befindet sich u. a. ein Fachwerkbau, eine festere Laube, in dem allerlei Betriebe sich einquartiert haben. Bis vor vierzehn Tagen wurde dort z. B. eine Speiseeisfabrik betrieben, die dann aus Mangel an Zuspruch die Herstellung aufgab. Der Betrieb befand sich in einem ehemaligen Stall, nur drei Meter davon entfernt ist eine Dunggrube, zu der durch den Stall die Leitung führt. Weiter befindet sich dort eine Fleischerei. Als die Kriminalbeamten der Dienststelle C. 2 den Inhaber darauf aufmerksam machten, daß das Fleisch übel rieche, erklärte er, es werde nur „mürbe“. Der dritte im Bunde auf dem Gelände ist ein Schuhmacher Lehmann, der Motorräder fabriziert. Bei ihm hauste ein gewisser Bisset, der der Kriminalpolizei als gewerbetätiger Motorradliebhaber bekannt ist. Die Annäherung der Beamten war bemerkt worden. Zwei Männer, die mit einem Handwagen das Gelände gerade verlassen wollten, sahen die Beamten heran kommen und riefen sofort: „Lärm, die Bullen kommen!“ Der geschmackvolle Jurist kam aber zu spät, die „Bullen“ waren so dicht dran, daß der fluchtartig versperret war. Eine Durchsichtigung des heimlichen Ortes förderte eine Unmenge Diebesgut zutage, so daß ein 5-Tonnen-Lastkraftwagen gefüllt voll geladen werden konnte. Es waren Teile von ausgeschlachteten Motorrädern, Radioapparate usw. Ueber die Herkunft dieser Sachen braucht man nicht im Zweifel zu sein. Alles ist aber schon stark verändert, Fabrikzeichen und andere Merkmale sind sorgfältig ausgefüllt. Woher alle die gestohlenen Räder und anderen Sachen stammen mögen, ist noch nicht geklärt. Lehmann und seine Helfershelfer sind vorläufig in Gewahrsam genommen worden.

Autounfall Generalmajors von Hammerstein.

Gesternabend ereignete sich auf der Charlottenburger Chaussee, etwa 300 Meter westlich der Siegesallee, ein Autounfall, bei dem der Generalmajor von Hammerstein aus dem Reichswehrministerium erheblich verletzt wurde. Ein in Richtung Brandenburger Tor fahrender Privatwagen geriet auf dem Alpbah, der durch den niederschlagenden Tau schlüpfrig geworden war, beim Überholen eines Autobus ins Schleudern. Der Wagen geriet dabei auf die linke Straßenseite und stieß dort mit dem aus entgegengesetzter Richtung kommenden Reichswehrauto zusammen. Während das Reichswehrauto nur leichte Beschädigungen aufwies, wurde der andere Wagen so schwer beschädigt, daß er abgekippt werden mußte. Generalmajor von Hammerstein erlitt starkblutende Gesichtsverletzungen. Nach Behandlung in der Charité konnte er in seine Wohnung gebracht werden. Zwei Insassen des angefahrenen Autos wurden leicht verletzt, sie konnten nach Anlegung von Rotverbänden auf der Rettungswache entlassen werden.

Hammersteins Name wurde aus Anlaß der Fememordprozesse häufig genannt. Er ist ein Schwiegersohn des vom Kapp-Putsch her bekannten Generals von Lüttwitz.

Vollstanzarius Penow. Die Arbeiterjugend hält ab heute wieder regelmäßig ihren Volkstanzkursus jeden Freitag in Penow, Schule Kaiser-Friedrich-Straße in der Lützenallee, ab. Es beginnt gleichzeitig heute an derselben Stelle ein Anfängerkursus. Bitte erscheint alle.

Immer Hehe gegen Stadt Berlin!

Eine Anfrage der deutschnationalen Stadtverordneten — ein Skandal.

In der Stadtverordnetenversammlung wurde gestern die Hehearbeit gegen die Stadtverwaltung einmal sehr wirksam beleuchtet. Eine Anfrage der Deutschnationalen hatte die unbewiesene Behauptung aufgegriffen, daß die städtische Baugesellschaft „Primus“ einen Teil ihrer Tischlerarbeiten an amerikanische Firmen vergeben habe. Noch ehe in der Stadtverordnetenversammlung die Sache zur Verhandlung kommen konnte, begann unter Hinweis auf diese Anfrage die schwarzweißrote Presse die übliche Hehe. Natürlich, da sah man wieder, wie unter der Herrschaft des „roten“ Magistrats gewirtschaftet wurde! Gestern gab Stadtrat Genosse Czeminiski den Fragestellern die verdiente Antwort. Nicht an amerikanische, sondern an Berliner Firmen hat die Baugesellschaft „Primus“ die Arbeiten vergeben. Das ist auch in Übereinstimmung mit einer von Czeminiski gefolgten und allen städtischen Gesellschaften zugegangenen Verfügung, mit Rücksicht auf die große Arbeitslosigkeit die Arbeiten möglichst an Berliner Firmen zu vergeben. Die Antwort Czeminiskis wirkte wie eine den Deutschnationalen verabreichte kräftige Maulschelle. Sie verloren darüber die Sprache so vollständig, daß sie auf jede Debatte über die Magistratsauskunft verzichteten. So wird's gemacht! Man scheut sich nicht, unbewiesene Behauptungen als Anfrage in die Welt hinauszujagen, statt sich zunächst mal bei der zuständigen Verwaltung zu erkundigen. Die deutschnationalen Presse nimmt das als Signal, mit der gewohnten Hehe loszugehen, die dann ihre Wirkung tut. Stellt sich nachher heraus, daß die Sache nicht stimmt, dann hat man nicht mal ein Wort des Bedauerns. Einen Skandal mag sich mancher von dieser Anfrage versprochen haben — ein Skandal war die Anfrage selber.

Zehntausend amerikanische Lären sollte die städtische gemeinnützige Baugesellschaft „Primus“ bei ihren Bauten verwenden haben. Die Deutschnationalen nahmen, ohne auch nur die geringste Nachprüfung vorzunehmen, diese vorgebliche Schädigung des Berliner Handwerks zum Anlaß, eine strafgeschwollene Anfrage einzubringen. Gestern sagte nun Stadtrat Genosse Czeminiski den Deutschnationalen, was an den amerikanischen Lären Wahres ist. Die „Primus“ hat nur 6500 Lären bestellt. (Höhnisches Lachen bei den Deutschnationalen.) Alle diese Lären sind von gutberühmten Tischlerfirmen angefertigt worden.

(Hört, hört bei den Soz.) Die anderen in Betracht kommenden Baugesellschaften haben ebenfalls erklärt, niemals Lären aus Amerika verwendet oder in Amerika bestellt zu haben. (Erneutes Hört, hört bei den Soz.) Stadtrat Czeminiski hat außerdem an die städtischen Baugesellschaften eine Rundverfügung erlassen, nach der Holzarbeiten nur vom einheimischen Handwerk angefertigt sind, weil gerade in diesem Gewerbe große Arbeitslosigkeit herrscht; auch die Richtlinien für die Baugesellschaften haben in bezug auf alle Arbeiten ähnliche Bestimmungen. Aber der Stadtrat zeigte auch die mit der Anfrage verbundene Wästel: Eine gewisse Presse hat die durch nichts gerechtfertigte Anfrage dazu benutzt,

oblig unqualifizierte Angriffe gegen den Magistrat zu richten. Man sprach von neuen Skandalen, die die Stadt erschüttern! Diese Feststellungen des Magistratsvertreters nahmen den Deutschnationalen alle Freude an ihrer Anfrage, sie waren sehr betreten, schwiegen sich in allen Tonarten aus und verzichteten sogar auf eine Besprechung.

Das ist deutschnationaler Kommunalpolitik! Die Uebernahme einer Zinsgarantie für die Vollendung des Mittellandkanals gab den Deutschnationalen Veranlassung, die Durchführung des Mittellandkanals durch Berlin abzulehnen.

Maßnahmen des Oberpräsidenten.

Einführung von Disziplinarverfahren in der Skarel-Affäre.

Der Oberpräsident von Brandenburg und Berlin hat heute, wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, gegen den Stadtkämmerer Dr. Lange, den Stadtrat Busch, die Stadtbankdirektoren Dr. Lehmann und Zehel das förmliche Disziplinarverfahren eingeleitet. Ferner hat der Oberpräsident den Magistrat Berlin ersucht, einen Beschluß der städtischen Körperschaften herbeizuführen, wodurch die drei Stadtverordneten Rosenhal, Mühlmann und Bunge aus dem Kreditausschuß der Stadtbank abberufen werden. Sämtliche Maßnahmen beruhen auf Feststellungen, daß die Benannten bei der Kreditgewährung an die Firma Skarel, Kleidervertriebsgesellschaft, nicht die pflichtmäßige Sorgfalt bei der Wahrnehmung der ihnen übertragenen Aufgaben beobachtet haben.

Im Verlaufe des gestrigen Haftprüfungsstermins für den Buchhalter Lehmann hat Staatsanwaltschaftsrat Dr. Weihenberg bereits mitgeteilt, daß die Staatsanwaltschaft nun doch zu der Ueberzeugung gekommen sei, daß der Fall Skarel sich ohne Voruntersuchung nicht durchführen lassen werde. Wie wir hören, sind inzwischen auch Verhandlungen mit den Verteidigern angeknüpft worden, die ihre Zustimmung zu der Umstellung des Untersuchungsverfahrens bereits erteilt haben. Bei dem ungeheueren Umfange des Stoffes wird man jedoch sehr wahrscheinlich hier zum ersten Male auch die Voruntersuchung unterteilen müssen.

In der Ermittlungssache Skarel hat der Vernehmungsrichter des Amtsgerichts Charlottenburg in dem heutigen Haftprüfungsstermin beschlossen, den beschuldigten Buchhalter Lehmann mit der weiteren Vollstreckung der Untersuchungshaft zu verschonen, wenn er eine Sicherheit von 16 000 R. leistet und sich täglich bei der Polizei meldet.

Die zuständige Stelle.

Es ist in Zeitungen die Behauptung aufgestellt worden, der Stadtkämmerer Dr. Lange habe den Klagen der Bezirke über die schlechte Beschaffenheit der von Skarel gelieferten Waren nicht Geltung verschafft, sondern nur immer Scheißwird auf die bestehenden Verträge hingewiesen. Als Beispiel wird ein Schreiben vom 26. Oktober 1928 angeführt, das der Kämmerer persönlich unterschrieben habe. Es liegt hier — wie das Städtische Nachrichtenamt mitteilt — eine Namensverwechslung vor. Das betreffende Schreiben ist ein Rundschreiben des Magistrats an die Bezirksämter, das nach den geltenden Bestimmungen über Rundverfügungen vom Stadtsyndikus Lange gezeichnet worden ist. Dem Kämmerer sind Klagen über die Beschaffenheit von Waren der KAG. niemals persönlich vor-

Die Kosten für Brückenbauten um feien zu hoch. Sie müßten sich allerdings legen lassen, daß die Durchführung langit beschlossen ist. Genosse Thomas erklärte die Durchführung des Kanals als eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Der Umbau der Mühlendammstraße und einiger besonders niedriger Brücken (Oberbaumbrücke) sei bereits jetzt nicht mehr zu umgehen. Selbst die 600- und 700-Tonnen-Schiffe kämen schon nicht mehr durch die Schleuse und die Brücken, wie soll das erst bei den zukünftigen 1000-Tonnen-Schiffen werden? Die Sozialdemokraten werden die Zinsgarantie genehmigen. Stadtrat Hahn (Dem.) lehnte den Kommunisten Längen — dem derzeitigen einzigen Fraktionsredner der Kommunisten — den Kopf zurecht. Lange hatte allerlei Unsinn über die städtischen Hafenanlagen hinausgeschmettert. Lange lag frech, daß die Aufsichtsräte in der Berliner Hafen- und Lagerhausgesellschaft, soweit sie städtische Beamte oder Ehrenbeamte seien, Lantien in die Tasche stecken. Stadtrat Hahn mühte das selbstverständlich richtigstellen, daß nämlich kein städtisches Aufsichtsratsmitglied Lantien erhält, sondern daß diese selber sofort der Kammereikasse überwiesen werden. Die diesbezügliche schriftliche Abmachung zwischen der Gesellschaft, den Aufsichtsräten und der Stadt lautet wörtlich: „In Rücksicht auf den Gemeindebeschluß vom 27. November 1927 werden wir im Interesse einer einfachen Erledigung die Aufsichtsratsvergütung für das Geschäftsjahr 1928 im Betrage von 1000 R. an die Stadtkassenkasse direkt abführen.“ — Bisher lieferten die städtischen Aufsichtsräte die Lantien selbst an die Kammereikasse ab.

Das weiß jeder Kommunalpolitiker, nur Herr Lange braucht das nicht zu wissen!

Auch Genosse Thomas konnte den Kommunisten noch einiges über die „Behala“ mitteilen: die „Behala“ hat hohe Mittel in den Ausbau der Häfen gesteckt und auch für die Heranziehung des Schiffsverkehrs nach Berlin getan was möglich war. Noch mehr. Auch in sozialer Hinsicht ist die „Behala“ beachtenswert: die Arbeiter haben 65 Mark Durchschnittslohn, sie sind während des schweren Winters durchgehalten worden; wer im Winter seinen Urlaub nahm, bekam eine Gratifikation von 10 R. Der Manteltarif ist mindestens so gut, wie der anderer städtischer Betriebe. Bis jetzt sei in der „Behala“ noch kein Streit gewesen, Lohnbewegungen würden mit den Gewerkschaften in Form von Tarifverträgen erledigt, nicht einmal das Arbeitsgericht sei in Anspruch genommen worden. Das sollten sich die Kommunisten für ihre eigenen Betriebe merken. — Die Zinsgarantie wurde bewilligt. — Eine Reihe Vorlagen wurden nach teilweise größeren Debatten erledigt. Für das Berliner Abendgymnasium wurden 32 000 R. bewilligt, ebenso die Kosten für den Neubau des Stadtparks am Stralauer Platz.

Die Debatte darüber rief den Wirtschaftsparteiler Tlauer auf den Plan, der die Mehrkosten für den Neubau ablehnte und im besonderen natürlich gegen den städtischen Fuhrpark loszog. Herr Tlauer hat besonderen Anlaß dazu: Er ist nämlich im Privatleben Expeditur; aber das beeinflusst ihn als Stadtverordneten natürlich nicht! Stadtbaurat Adler konnte auch gegenüber diesen Angriffen städtische Einrichtungen in Schutz nehmen. Der städtische Fuhrpark arbeitet nach seiner Nationalisierung mit Ueberfluß, er sei hervorzuheben im Stande. Aber es ist Mäßigkeit und da muß eben alles erhalten, um bürgerliche Propaganda zu machen. Dabei geht alles hübsch durcheinander. Der Wirtschaftsparteiler beschwerte sich darüber, daß der Stadtfuhrpark dem Magistrat zu hohe Kilometergelder bei der Bestellung von Automobilen anrechne, der deutschnationaler Brodchäurerreiber Merkel rügte, daß der Stadtfuhrpark die Tarife privater Unternehmer unterbiete. Was richtig ist, kann sich der Wähler selbst aussuchen! — Der Antrag wegen der Benennung einer Straße nach dem verstorbenen Reichsaussenminister Stresemann wurde einem Ausschuß überwiesen, wie auch der Dringlichkeitsantrag der sozialdemokratischen Fraktion über die Gewährung von Winterbeihilfen an Erwerbslose und Unterstützungsempfänger.

gelegt worden, sie wurden vielmehr von der zuständigen Dienststelle bearbeitet.

Diese zuständige Dienststelle unterstand dem kommunistischen Stadtrat Gaebel.

Der Breslauer Korruptionsstandal.

Die Fehlsomme hat sich auf 400 000 Mark erhöht.

Breslau, 24. Oktober.

Nach dem weiteren Feststellungen der Staatsanwaltschaft in der Angelegenheit des fälligen Kontrolloverwalters Cohn hat sich, wie die Justizpressestelle mitteilt, der Fehlbetrag um etwa 100 000 Mark auf 400 000 Mark erhöht. Die Kontrollprüfungen der Bücher sind beendet, doch sind noch eine Reihe von fragwürdigen Posten zu klären, insbesondere ist die Höhe der Bankschulden festzustellen. Man vermutet, daß der Kontrolloverwalter Cohn angesichts der mustergültigen Führung der Bücher selbst davon überzeugt war, daß seine Vermögenswerte ausreichende Deckungen für die Unterhaltungen — denn solche stehen minnher als er-



„Trinken Sie ruhig noch eine Tasse, es ist ja Kaffee Hag, der coffeinfreie Bohnenkaffee. Er greift ihr Herz nicht an. Selbst vor dem Schlafengehen können Sie Kaffee Hag noch in stärkstem Aufguß trinken, ohne Schlafstörung befürchten zu müssen. Kaffee Hag ist das bevorzugte Getränk aller Geistesarbeiter. Das große Paket kostet RM. 1.90, das kleine Paket 95 Pfennig.“

wiesen fest — Meien. Die Nachforschungen nach dem Verbleiben Cohns waren bisher erfolglos.

Die Breslauer Staatsanwaltschaft hat heute nachmittag gegen den Inhaber der Installationsfirma Bierg, Kaspar Bierg, einen Haftbefehl erlassen, weil ein dringender Verdacht des Kontursverbrechens besteht. Daraufhin wurde Bierg von der Breslauer Kriminalpolizei in Haft genommen und ins Polizeigefängnis gebracht.

Die Ehefrau des flüchtigen Breslauer Kontursverwalters Cohn hat heute einen Selbstmordversuch unternommen, indem sie eine starke Dosis eines Schlafmittels zu sich nahm. Sie ist in bestimmungslosem Zustande dem Krankenhaus zugeführt worden.

Fackelzug der Fünftausend. Große Wahldemonstration in Neudöln.

Die Neudölnener Sozialdemokratie zeigte mit einem eindrucksvollen Aufmarsch die Stärke und Kraft der Organisation. An vier Sammelpunkten traten die Abteilungen mit ihren Bannern und Musikkapellen an. Auf dem Herbergplatz formierte sich der Zug. Die Fackeln flammten auf. Unter Vorantritt des Reichsbanners und des Tambourkorps marschierte der Zug durch die Kaiser-Friedrich-Straße. Als das leuchtende Band von tausenden brennenden Fackeln längs in die Angengraberstraße eingebogen war, standen die letzten Demonstranten noch immer am Herbergplatz. Ueber 5000 Demonstranten marschierten im Zuge. Zahlreiche Transparente wurden mitgeführt. An beiden Seiten des Zuges marschierte bald eine nach Tausenden zählende Menge, die den Zug begleitete. Ueber die Berg- und Emser Straße marschierten die Demonstranten zum Kranoldplatz. Dort sprach Reichstagsabgeordneter Dr. Löwenstein zu den Tausenden. Sein Appell an die Wähler, am 17. November sozialdemokratisch zu wählen, fand begeisterte Aufnahme. Der Gesang der Internationale und ein Hoch auf die Sozialdemokratie beschlossen die Kundgebung.

Jugendliche zu Zuchthaus verurteilt. Weil sie unverbesserlich sein sollen.

Die zahlreichen Einbruchsdiebstähle in die verschiedensten Zigarettenkioske im Februar und März dieses Jahres kamen vor dem Erweiterten Schöffengericht Berlin-Neudöln unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Guhrauer zur Aburteilung. Angeklagt waren der 21jährige Arbeiter Stedert und der 20jährige Maschinenist Werblow, die trotz ihrer Jugend schon erheblich vorbestraft sind.

Die Angeklagten bestritten auf das entschiedenste, überhaupt mit den Diebstählen etwas zu tun zu haben. Auf zehn Berliner Bahnhöfen war innerhalb weniger Wochen auf immer gleiche Art in den ersten Morgenstunden der Zigarettenkiosk erbrochen und ausgeplündert worden. Bei dem Versuch, auf dem Bahnhof Neudöln ihrer „Arbeit“ nachzugehen, wurden sie von zwei Beamten überfallen. Als einziger Anhaltspunkt für die Polizei bot sich schließlich ein Fingerabdruck, der von Stedert stammte. So gelang es, die Verdächtigen im April in einer üblen Räuberhöhle in den Betten zu verhaften. Eine Menge Zigaretten und Einbrecherwerkzeug wurde in dem Raum gefunden. Wie diese Dinge in das Zimmer gelangt seien, wollten sie nicht wissen. Trotz dieser belastenden Momente leugneten die Angeklagten weiter. Wemohl der Staatsanwalt Gefängnisstrafe beantragte und der Verteidiger für Milde plädierte hatte, ließ das Gericht keine Milde walten und verurteilte Stedert zu zwei Jahren sechs Monaten und einer Woche, Werblow zu zwei Jahren Zuchthaus. In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. Guhrauer, aus, daß von den Angeklagten trotz ihrer Jugend keine Besserung mehr zu erwarten sei. Vor ihnen, an deren Hopfen und Malz verloren seien, müsse die Gesellschaft geschützt werden.

Soweit der Korrespondenzbericht. Weshalb der Bericht der Ansicht war, daß 2 Jahr 6 Monate Zuchthaus für Stedert einen besseren Schutz der Gesellschaft darstelle, als 3 Jahre ein Monat Gefängnis, ist nicht ganz verständlich. Lebensfalls hat sich der Vorsitzende mit seiner Urteilsbegründung, daß es sich um unverbesserliche junge Menschen handle, in Widerspruch gesetzt zu den kriminalpolitischen Gesichtspunkten der letzten Verordnung des preussischen Justizministers über den Vollzug von Freiheitsstrafen in Stufen. Die Verordnung geht von dem Grundsatz aus, daß es gänzlich unverbesserliche überhaupt nicht gibt und schneidet deshalb selbst den Schlimmsten nicht den Weg ab zum Uebergang in das Stufenstufen. Für junge Menschen bis 25 Jahren will aber die Verordnung besondere Anstalten schaffen, in denen das erzieherische Prinzip in den Vordergrund gerückt werden soll. Das alles hätte Herr Landgerichtsdirektor Dr. Guhrauer in der letzten Sitzung der juristischen Gesellschaft erfahren können. Der Staatsanwalt hatte recht, als er Gefängnis beantragte; das Zuchthaus bietet viel weniger Gewähr für einen Schutz der Gesellschaft, weil es vorläufig im höchsten Maße Verbrecher-Universität ist.

Suche Verleger . . .

Ein Mädchen geht im „Romanischen Café“ auf und ab, das von den anderen sich dadurch abhebt, weil sie sich eine Schärpe in Blau mit silbergestickten Letzern umhängt hat. In dieses Blau hat sie mit Liebe gedacht: „Suche Verleger — für — Roman „Irenhaus“. Sie sagt mir, daß sie Heria Krüger heiße, dreiviertel Jahr in Schubhaft im Irenhaus gewesen und Remarque das achtzehnte Kapitel dieses „Irenromans“ seiden lese. Wir gab sie das neunzehnte. Was ich da las, ist von einem Wesen

Der Prozeß von Frankfurt.

Die Reichsbannerleute waren die Angegriffenen.

L. R. Frankfurt a. d. O., 24. Oktober. (Eigenbericht.)

Die Vernehmung der beiden Angeklagten Jaschel und Stien war geeignet, die verhängnisvollen Vorgänge am 12. August in dem Berlin-Breslauer Zug in einem saßchen Licht erscheinen zu lassen. Erst die Schilderung des Angeklagten Hahn, des intelligentesten von den vier, Zugführer des Reichsbanners, ermöglichte es, sich über die verhängnisvollen Ereignisse richtig zu orientieren. Der Gesamteindruck des ersten Tages ist: die eigentlichen Angegriffenen waren die Reichsbannerleute, Angreifer war der verleihe Kademacher, über dessen Person die Verhandlung noch verschiedenes wenig Erquickliches zutage fördern wird.

Der scharfe Ton des Vorliegenden wurde bei der Vernehmung des Angeklagten Hahn immer milder. Die Behauptung dieses Angeklagten, daß er es gewesen sei, der die Reichsbannerleute zuerst um Hilfe rief und später den Sanitäter heranzohle, wurde von den Zeugen bestätigt. Hahn erzählt: Die letzten drei Wagen des Zuges, der am 12. August um 1/8 Uhr abends den Schlesischen Bahnhof verließ, waren für die Breslauer Reichsbannerleute bestimmt; sie waren vollkommen überfüllt, es herrschte eine drangvolle Enge, die Luft war äußerst stickig. Hahn trat seinen Platz einem alten Reichsbannerkameraden ab und verließ unterwegs, begleitet von dem Kameraden Stien, den Wagen, um in einem anderen Abteil Platz zu suchen. In einem Abteil der 2. Klasse war es ziemlich leer. Hahn erklärte: Ich bleibe hier und zahle nach. In Brissen stieg er aus, Stien holte ihn ein und sagte ihm, daß neben ein Mann nach ihm geschlagen habe. Im Abteil der Reichsbannerleute wiederholte er diese Erzählung. Jemand jemand müsse den Mann zur Rede stellen. In Jakobsdorf verließen Hahn und Stien das Abteil und liefen zur 2. Klasse hin. Hahn erklärte, nicht bemerkt zu haben, daß auch Jaschel und Rosshart ihnen folgten. Im Abteil der 2. Klasse, in dem nur das blaue Licht brannte, fanden sie den Reisenden, auf der Bank ausgestreckt mit herabhängenden Beinen den Durchgang versperrend. Stien sagte: Entschuldigen Sie, weshalb haben Sie vorhin nach mir geschlagen. In demselben Augenblick sprang der Mann auf und verfehlte

Sien einen Schlag, daß dieser in die Ecke taumelte. Hahn lief zum Fenster, gab ein Pfeifensignal und rief hinaus: Reichsbannerleute heraus! Der Zug setzte sich gerade in Bewegung. Sehr sprang Hahn in das nebenan liegende Abteil 3. Klasse, in dem er einen Polizeibeamten wußte und bat ihn, doch zu Hilfe zu kommen, was der Beamte mit den Worten beantwortete: Das geht mich gar nichts an! Er eilte darauf zum Abteil zurück und hatte gerade noch Zeit, dem Mann mit Hilfe eines Kameraden einen dicken Stock, mit dem er eben zu einem Schläge ausholte, aus der Hand zu winden. Dann wandte er sich hilfesuchend zum Abteil 3. Klasse, hörte plötzlich die Rotbremse ziehen, lief zurück und fand seinen Kameraden nicht mehr vor. Der Mann aber sackte blutüberströmt und röchelnd zusammen. Hahn fragte ihn, was los sei und stützte ihn, damit er auf das Polster falle. Der Zug war stehengeblieben. Hahn rief nun hinaus:

„Ueberfall, ein Verletzter, Sanitäter her.“

Er begab sich auf den Bahnsteig, traf einen Reichsbanner-sanitäter und ging mit ihm zum Verletzten zurück. Hier waren bereits Bahnbeamte. Der Sanitäter bemühte sich um den Reisenden. Hahn ging in das Reichsbannerabteil zurück. Hemd und Hände waren blutig. Auf Veranlassung seiner Kameraden wechselte er das Hemd und entließ in der Toilette seinen Revolver.

Der letzte Angeklagte Rosshart, der die drei anderen Angeklagten erst im Zuge kennengelernt hat, will gehört haben, daß Stien und Hahn einen besseren Platz gefunden haben, die Worte, man müsse den Mann zur Rede stellen, seien nur nebenbei gefallen. Er sei seinen Kameraden nur gefolgt, weil er einen besseren Platz haben wollte. Als sie im Abteil 2. Klasse angelangt waren, sprang der Reisende sofort auf. Was im Abteil selbst vorgegangen sei, könne er nicht sagen, weil er hinter Stien gestanden habe. Er habe dem Hahn geholfen, dem Reisenden den Stock aus der Hand zu winden.

Der 19jährige Reichsbannermann Skoppin, der Sanitäter, den Hahn auf dem Bahnsteig traf und in das Abteil des Verletzten mitnahm, leistete dem Verletzten Hilfe, erhielt dabei von ihm einen Schlag ins Gesicht. Er erklärte, er bleibe bei ihm, bis er in Frankfurt a. d. O. ausgeladen würde.

erschrieben, das unzweifelhaft innerlich und äußerlich völlig zerrissen ist und eigentlich mit der irdischen Sphäre nichts zu schaffen hat. Aber auch wir haben mit diesen irdischen Dingen, die da wiedergegeben werden, nichts zu tun, und man möchte den Mädchen den menschlichen Rat geben, sich erst einmal klar über ihr Tun und Handeln zu werden. Heria Krüger nimmt aber keinen Rat an, weil sie eben so schwer belastet ist, daß sie nicht die Klarheit aufzubringen vermag, die man einmal für den Alltag Vorbedingung zum Arnen und Leben ist. So tändelt sie zum Hohn und Spott der Schaulustigen und Nichtstuer zwischen den angefüllten Tischen und Stühlen, jagt für einen Kuchen oder einen Kaffee Gedichte auf, die gut und schlecht und schlecht und gut sind, glaubt an ihren „Irenhaus-Roman“, der — vielleicht, vielleicht auch nicht — aus purer Sensationslust gedruckt werden dürfte.

Die Schausteller wehren sich.

Die Schausteller auf den Berliner Bergnügungsparks, die im Grunde auch nichts weiter sind als Proletarier, führen schon seit Jahren einen harten Kampf um ihre Existenz. Der Wirkungskreis wird von Jahr zu Jahr enger, da die städtischen Behörden immer mehr die auf magistrats-eigenem Gelände befindlichen sogenannten Rummelpflege aufheben und andere Freistätten für diese Art der Volksbelustigung nicht zur Verfügung stellen. Die Behörden begründen ihr Vorgehen damit, daß sie die Bewohner in der Nähe der Bergnügungsparks vor dem Rummelärm und den

sich angeblich dort hinziehenden flüchtigen Elementen schützen wollen. Auf der anderen Seite geben sich die Schausteller redliche Mühe, den Forderungen der Behörden schon von sich aus entgegenzukommen. Sie achten bereits selbst scharf darauf, daß der Mob von den Plätzen ferngehalten wird, und sind auch bestrebt, möglichst jeden übermäßigen Lärm zu unterdrücken. Die Sorge um ihre Existenz läßt die Schausteller ängstlich darüber wachen, daß ihrerseits alles vermieden wird, was der Behörde Anlaß zum Einschreiten gegen sie geben könnte. Eine Versammlung der organisierten Schausteller im Rosenthaler Hof, in der über die Behandlung dieser proletarischen Existenz lebhaft Klage geführt wurde, hat nunmehr einstimmig beschlossen, in der nächsten Zeit eine große öffentliche Protestversammlung aller Berliner Schausteller einzuberufen. In dieser Kundgebung soll vor Vertretern der Behörden und der städtischen Körperschaften die Rot dieses Gewerbes eingehend dargelegt werden, damit ihnen eine gerechtere Behandlung zuteil wird.

Pulverfabrik in die Luft geflogen.

Vier Arbeiter getötet, vierzehn Verletzte.

Bologna, 24. Oktober.

In einer Pulverfabrik in Casenajo bei Bologna erfolgte eine schwere Explosion. Bei der vier Arbeiter getötet und 14 verletzt wurden. Die Ursache der Explosion, durch die auch in Bologna zahlreiche Fensterscheiben in Trümmer gingen, ist noch nicht festgestellt. Feuerwehre und Truppen sind an die Unglücksstelle entsandt worden, um die Rettungsarbeiten aufzunehmen.

Doch Selbstmord des Obsthändlers Bernetta.

Die Justizpressestelle teilt mit: In dem Ermittlungsverfahren gegen den Fruchthändler Gleisner und die Witwe Bernetta wegen Ermordung des Obsthändlers Bernetta ist durch Beschluß der 3. Strafkammer des Landgerichts I vom 11. Oktober auf Antrag der Staatsanwaltschaft die Außerverfolgung der beiden Beschuldigten angeordnet worden. Die Staatsanwaltschaft hat diesen Antrag gestellt, weil die Behauptung der Beschuldigten, Bernetta habe durch Selbstmord geendet, und der Alibibeweis des Gleisner durch die Ermittlungen nicht als widerlegt anzusehen sind.

Zimmer für Studenten. Parteigenossen, die billige und gute Zimmer an studierende Genossen vermieten wollen, werden gebeten, sich an den Sozialistischen Hochschulausschuß zu wenden. Genauer Angabe des Mietpreises und evtl. Nebenkosten erwünscht. Anschrift: „Bund“, Berlin NW. 6, Albrechtstraße 11.

Das Fest der silbernen Hochzeit feierte gestern das Ehepaar Molitor, Niederhönoweide, Köllnische Str. 64.

Funkwinkel.

„Alle Meister“ beherrschten das Programm des Tages. Karl v. Bittersdorf, gestorben am 24. Oktober 1799, wurde am Nachmittag gefeiert. Das Quartett spielte Werke, die durch ihre melodische Schönheit noch heute das Herz des Hörers erfreuen. Das Berliner Fünfkörnerorchester unter Leitung von Dr. Ludwig Landschlag brachte ein Konzert mit Kompositionen verschiedener alter Meister. Auch hier war die Wahl auf noch heute sehr hörenswerte Werke gefallen. Besonders dankbar durfte man sein, daß auch eine selten gehörte Komposition des jungen Haydn zum Vortrag kam. Heitere ungarische Volksmusik füllte den ersten Teil des Abendprogramms. Neben der Kapelle Geza Komor wirkte Irene de Noiret, die Meisterin unzähliger Sprachen, mit, die ungarische Volkslieder vortrug. Vorher Musik auf zwei Klavieren: Dr. Wilhelm Groß und Walter Kaufmann; amüsante, witzige Interpretation von Kompositionen verschiedenen Charakters. Sowohl Jazzmusik als auch der klassische Johann Strauß kamen zu ihrem Recht. Ueber Jugend und Völkerverständigung sprach Kurt Großmann. Er gab einen Ueberblick über die Entwicklung des Schüleraustauschs, seine Absichten und seine Erfolge. Es war ein lauchliches Referat, das nichts anderes wollte, als Tatsachen knapp und übersichtlich darzustellen.

RESTPOSTEN!



ESTA MARCA FLOR

jetzt 10

LOESER & WOLFF

Zentraler: Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee 268

Börsenkrach in New York.

Kommt eine internationale Finanzkrise? — Verbesserte Anleiheausichten.

Die New Yorker Börse, auf der nun schon seit drei Wochen die Aktienkurse fast rückgängig sind, hatte am Montag und am Dienstag zwei schwarze Tage. Die Aktienumsätze, die durch die massenhaften Verkäufe erfolgten, waren riesenhaft. Eine Anzahl von führenden Papieren verlor bis zu 100 Punkten und man spricht von Kursverlusten im Betrage von 4 bis 6 Milliarden Mark. Sehr groß sollen auch die Verkäufe des Auslands gewesen sein, mit anderen Worten Europas, das bekanntlich an der New Yorker Börsenspekulation im Laufe der letzten Monate sich sehr stark beteiligt hat.

Rolleidendes Textilkapital. Gladbacher Wollindustrie verdient in drei Jahren 50 Proz. ihres Kapitals.

Die Gladbacher Wollindustrie A. G. & Co. in München-Gladbach, die immer sehr schnell bei der Hand ist, bei Lohnänderungen die Belegschaft auszusperrt, gehört zu den rentabelsten Betrieben in der deutschen Wollindustrie. Wie schon andere Abschlüsse von Wollunternehmungen zeigten, beweist auch das jetzt veröffentlichte Geschäftsergebnis dieser Gesellschaft für 1928/29, daß im Gegensatz zum allgemeinen Konjunkturrückgang in der Textilindustrie die Wollfabriken hiervon verhältnismäßig wenig betroffen wurden. So konnte auch die Gladbacher Wollindustrie A. G. ihre Werte im letzten Jahre gleichmäßig behaupten und bei verringerten Betriebskosten einen etwas erhöhten Rohgewinn von 3 Mill. Mark ausweisen. Da zugleich auch die Sozialabgaben sich um 7 Proz. senkten, ist das verbesserte Geschäftsergebnis offenbar mit verringerten Belegschaft erzielt worden.

Konsumvereine im September.

Nach der Wochenumsatzstatistik des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine, die etwa die Hälfte der Mitglieder und einen Zeitraum von fünf Wochen umfaßt, hoben sich im Monat September die durchschnittlichen Wochenumsätze je Mitglied gegenüber dem Monat August von 8,78 M. auf 9,18 M. erhöht. Die Zunahme in der entsprechenden Zeit des Vorjahres betrug 35 P., in der entsprechenden Zeit des Jahres 1927/28 P. Gegenüber dem September vorigen Jahres ist der Durchschnittsumsatz pro Kopf von 8,30 M. auf 9,18 M. oder um mehr als 10 Proz. gestiegen.

Mit 10 Millionen Schulden zahlungsunfähig. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet, hat die größte Wolldeckenfabrik des europäischen Kontinents, die deutsche Firma Gebrüder Jöppich in Mergelstetten, ihre Zahlungen eingestellt. Die Schulden sollen etwa 10 Millionen Mark betragen.

Vorwärts mit Polen?

Die neuen Wege Kaufschers.

Polnische Blätter erwarten noch vor Ablauf dieses Jahres eine Beendigung des Zollkrieges und den Abschluß eines provisorischen Abkommens. Deutschland und Polen konnten im Juli dieses Jahres das traurige Jubiläum eines vierjährigen Wirtschaftskrieges begehen. Der Weg dieser vier Jahre ist gepflastert mit Kampfzügen, Einfuhrverboten und allen nur erdenklichen Schikanen, die in einem Wirtschaftskrieg zwangsläufig zur Anwendung kommen. Wenn der gegenseitige Handelsverkehr sich trotz aller Drosselungsmaßnahmen der beiden Regierungen in den letzten beiden Jahren aufwärts entwickelte, so ist dies ein unwiderlegbarer Beweis dafür, wie stark die natürlichen wirtschaftlichen Kräfte in Deutschland und Polen sind, die auf gegenseitige Ergänzung hindrängen.

„Dedisko“ in der Weltfinanz. Internationale Auswirkungen der deutschen Großbankfusion.

Durch die Verschmelzung der Deutschen Bank mit der Disconto-Gesellschaft ist ein Finanzinstitut entstanden, das nicht nur gegenüber den anderen deutschen Großbanken einen enormen Vorrang hat, sondern auch in der internationalen Bankenszene einen hohen Rang einnimmt. Aus einer Gegenüberstellung, die kürzlich das Bankhaus Gebr. Lehmann veröffentlichte, ergab sich, daß die neue Großbank sowohl hinsichtlich ihres Eigenkapitals (Aktienkapital und Reserven) als auch ihrer Kreditoren (Fremdkapital) den amerikanischen und englischen Großbanken ziemlich nahekommt und die beiden größten französischen Banken sogar ganz erheblich übertrifft.

Table with 2 columns: Country and Bank Name. Rows include: Deutsche Bank, Disconto-Gesellschaft, Österreich, Dänzig, Polen, Spanien, Südamerika, Türkei, Japan und China.

Soll zugleich eine völlige Klärung der Niederlassungsfragen geschaffen werden, die für Kaufleute, Reisende, Ingenieure und Facharbeiter als die Pioniere des internationalen Wirtschaftsverkehrs natürlich von ausschlaggebender Bedeutung sind. Außerdem wird Deutschland den Polen ein festes Kontingent für die Einfuhr von Steinkohle zugestehen, dessen Höhe wiederum von polnischen Zugeständnissen abhängig sein wird.

Glanzgewinne bei Hoersch. Die Blüte der Montankonzerne.

Der Aufsichtsrat des Stahl- und Zechenkonzerns Hoersch-Köln-Neuessen hat beschlossen, die Dividende für das am 30. Juni abgeschlossene Betriebsjahr beim Stahlwert Hoersch von 6% auf 7 Proz. und bei Köln-Neuessen von 7 auf 7 1/2 Proz. zu erhöhen. Der starke Aufschwung der Montankonzern seit dem Frühjahr war also derart wirksam, daß nicht allein die Folgen der vierwöchigen Stilllegung der Stahl- und Hüttenwerke im November 1928 sowie der ungünstige Einfluß der Kältemasse ausgeglichen, sondern noch weit höhere Gewinne als in dem sehr guten Stahljahr 1927/28 erzielt werden konnten.

